

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Prag, II., Nefayanta 18.

Telephone:  
Tagesredaktion:  
28795, 31469.  
Nachredaktion: 28797.

Wohnraum: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billig berechnet. Bei steter  
Einschaltung Preisnachlaß.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

6. Jahrgang.

Samstag, 20. Feber 1926.

Nr. 44.

Bezugsbedingungen:  
Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—

Abstellung von Mann-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh

## Was ist ein Ministerwort wert?

Dem Ministerpräsidenten Svehla wird seit dem Tage der Herausgabe der Sprachenverordnung öffentlich der Vorwurf des Wortbruches gemacht, weil er das im Jahre 1920 gegebene Versprechen, vor Herausgabe der Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz die Genehmigung der Volksvertretung einzuholen, nicht einlöste. Anderswo, wo Ehrbegriffe noch eine Rolle spielen und man das Schämende nicht verlernt hat, hätte der Premier einen solchen Vorwurf keine Minute lang auf sich sitzen lassen, er hätte sofort im Parlamente das Wort ergriffen, um sich zu rechtfertigen, oder er hätte die Behauptung amüßlich auf dem Wege der Meinung der Berechtigten des Vorwurfes, eingesehen, daß seinem Bleiben als Minister dadurch eine Grenze gesetzt sei. Bei uns ließ die Regierung diese schwere Anschuldigung auf ihrem Leiter durch vierzehn Tage sitzen, ehe sie es der Mühe wert fand, die Dementierprobe — die in diesem Falle nur eine Verosinsprache zur Verbreitung guten Geruches ist — in Tätigkeit zu setzen, und man geht mit der Annahme nicht irre, daß dabei weniger auf die Meinung der eigenen Staatsbürger, als auf die Meinung des Auslandes Rücksicht genommen wurde. Wie also das Abendblatt der „Narodni Listy“ mitteilt, werde an Regierungsstellen gegenüber den wiederholten Behauptungen deutscher Abgeordneter erklärt, von einem Wortbruche könne keine Rede sein. Es war schon vorauszusetzen, falls die „Regierungsstellen“ überhaupt die Sprache finden sollten, daß eine Bekräftigung erfolgen werde, aber daß solche „Argumente“ herhalten würden, wie sie sich in der Erklärung der Regierungsstellen finden, das kommt selbst uns, die wir durch die Koralauffassungen der heute herrschenden Klasse abgehärtet sind, unerwartet.

Die Erklärung wagt nicht, abzuleugnen, daß Herr Svehla das Versprechen gegeben habe, vor ihrer Herausgabe die Sprachenverordnung dem Verfassungsausschusse des Abgeordnetenhauses — und mehr wurde auch von niemandem noch behauptet — vorzulegen, doch habe er nicht versprochen, sie den deutschen Abgeordneten vorzulegen. Eine höchst überflüssige „Berichtigung“, die daneben redet, damit von dem Kern der Sache abgelenkt werde. Hätte Svehla sein Versprechen eingelöst und die Sprachenverordnung dem Verfassungsausschusse vorgelegt, so hätten dadurch auch die deutschen Abgeordneten von ihrem Inhalte Kenntnis erhalten, sie hätten durch ihre Vertreter im Verfassungsausschusse Gelegenheit gehabt — in der Verhinderung dieser Kenntnisnahme liegt eben der Vorwurf der Ueberrumpelung begründet — zu ihm ihre Meinung zu sagen und ihre Wünsche zu äußern. Denn das Wort „vorlegen“ bedeutet doch, über sie zu berichten, über sie zu verhandeln. Aber nun kommt der Clou! Herr Svehla habe das Versprechen gegeben, aber — als Minister der Regierung Tuzar! Seither haben schon zwei Regierungen gewechselt, die Regierung Cerny und die Regierung Benes, und ein in der Zeit der Regierung Tuzar gegebenes Versprechen sei zwar bindend für diese Regierung gewesen, doch nicht bindend für die nachfolgenden Regierungen!

Alles, was man aus der Literatur der Zeit kennt, verblaßt vor dieser Argumentierkunst. Ignaz von Lohova und seine Jünger sind armelige Stümper gegen die erwähnte „Regierungsstelle“, die zum Ehrenschutz des Herrn Svehla kommandiert worden ist. Als Svehla sein Versprechen gab und damit gewissermaßen sein Wort verpfändete, die Vertreter der Gesamtbevölkerung würden noch vor Herausgabe der Sprachenverordnung zu ihr Stellung nehmen können, war er in der Tuzar-Regierung Innenminister. Er ist feither Ministerpräsident geworden — wurde damit seine Verantwortung gegenüber der Bevölkerung oder eines Teiles derselben eine geringere? Was er als Innen-

## Das mißglückte Ablenkungsmanöver.

Abuhr Stivins durch Genossen Dr. Czeh. — Benes's Erklärungen genehmigt.

Prag, 19. Feber. Die Debatte über die Ausführungen des Außenministers wurde heute nachmittags beendet und die Erklärungen selbst gegen die Stimmen der Opposition zur Kenntnis genommen. Die Koalitionsgrößen werden aber trotzdem mit dem Resultat kaum zufrieden sein, denn ihr Plan ist mißglückt, durch Aufrollung einer vereinzelt außenpolitischen Frage die Aufmerksamkeit von all den brennenden innerpolitischen Problemen abzulenken, deren Lösung seit Monaten nicht vom Fleck kommen will, zumal die Situation durch die Sprachenverordnung und die Nichtanerkennung Jugoslawiens noch in geradezu unwilliger Weise verschärft wurde. Es war doch eigentlich selbstverständlich, daß bei der ersten sich bietenden Gelegenheit die Opposition sich nicht nur gerade laut Vorchrift mit den absichtlich eng begrenzten Ausführungen Benes' über den ungarischen Fälscherandal befassen, sondern sich nicht scheuen wird, den engen Rahmen dieser Diskussion einfach zu sprengen und auch über andere Sachen zu reden, die mindestens ebenso wichtig sind wie die ungarische Geschichte. Darum ist es geradezu als Beutelei zu bezeichnen, wenn die Debattenredner der Koalition fast durchwegs sich darüber beklagen, daß die Opposition auch von anderem gesprochen habe, als von dem, was unmittelbar auf der Tagesordnung stand. War die Koalition zu feig, um über die jüngsten Taten der Regierung in offener Debatte Rede zu suchen, so mußte die Aussprache darüber einfach erzwungen werden, und wenn es bei der Verhandlung eines Handelsvertrages mit den Jugoslawen hätte sein müssen. Selbst die bloße Erörterung dieser Probleme verhindern zu wollen, war ein törichtes Unterfangen, das mißglücken mußte. Der Hauptzweck allerdings, die schwebenden innerpolitischen Fragen weiter auf die lange Bank schieben zu können, ist erreicht. Das Fortwärteln kann weitergehen!

Die heutige Debatte verlief im allgemeinen still und unbeachtet. Nur ihr Abschluß brachte eine bemerkenswerte, von dem voll besetzten Hause mit Spannung erwartete Auseinandersetzung des Genossen Dr. Czeh mit Stivin, dessen Blatt, das „Pravo Lidu“, nicht müde wird, unsere Genossen förmlich als Beschützer der Fälscher hinzustellen. Stivin, der zwar ursprünglich als erster Pro-Redner angemeldet war, dann aber plötzlich als letzter zu Wort kam, erachtete es zunächst als unumgänglich notwendig, strenge Rügen auszuüben, da man in der letzten Sitzung Minister — man denke nur: tschechoslowakische Minister — von seiten der Opposition nicht immer mit dem nötigen Respekt behandelt, sondern ihnen gelegentlich auch treffende Zwischen-

minister als recht und billig anerkannte und für dessen Erfüllung er sein Ministerwort gab das soll für ihn als Ministerpräsidenten nicht mehr Geltung haben? Herr Svehla hat versprochen, aber nur als Innenminister der Regierung Tuzars, als Ministerpräsident hat er andere Auffassungen von der Sache und fühlt sich frei und ledig seines gegebenen Versprechens. Als solcher braucht er sich nicht mehr zu den Grundätzen der Gerechtigkeit und Demokratie zu bekennen, denen er vordem als Innenminister gehuldigt hat. Damals war er der Ueberzeugung, auch die nichttschechische Bevölkerung hätte bei der Regelung des Sprachenrechtes ein Wort mitzureden, als Ministerpräsident bekennt er sich zu dem Grundhabe, nur ihm und seinen Regierungsmännern stehe das Recht zu, das Maß der sprachlichen Rechte den nichttschechischen Staatsbürgern zuzumessen und zu diktiert. Wir glauben, der Herr Ministerpräsident hätte alle Ursache, sich sofort in irgendeiner Weise um Worte zu machen, um der jesuitischen Auffassung von der Bedeutung und Dauer eines Ministerwortes zu widersprechen. Nach dieser sauberen Theorie braucht ein Minister nur das Respekt zu waschen und er muß, auch wenn er die Macht dazu behält, die gemachten Versprechungen nicht mehr einlösen. Den Gedanken logisch fortgesponnen, braucht danach keine Regierung sich um die von der früheren eingegangenen mündlichen oder schriftlichen Verbindlichkeiten mehr zu kümmern. Die frühere Regierung ist Verträge eingegangen, hat Schulden gemacht, was geht das die nachfolgende an, die braucht sich durch solche Verbindlichkeiten nicht mehr gebunden zu

fühlen, denn sie wurden ja von der früheren geschlossen! Gewiß kann die politische Richtung einer Regierung von der der anderen verschieden sein, aber feierliche Versprechungen gelten doch wohl ebensoviel wie Verträge und materielle Verpflichtungen, zudem wurde das Versprechen von derselben Person gemacht!

Hinter dem in der Erklärung der Regierungsstelle angeführten Grund für die Nichteinlösung von Svehlas Versprechen steckt ein anderer. Seit Tuzars Regierung ist es der nationallistischen Reaktion gelungen, sich völlig in den Sattel zu setzen und der stramme Wortsmann Svehla reitet ihr führend voran. Nun braucht er sich nicht mehr zu verstecken und er wirft als unnötigen Ballast alles, wozu er sich gelegentlich der rot-grünen Koalition noch bekennen mußte, in den Staub des Straßengrabens, auch wenn es ein gegebenes Wort ist. Bei der herrschenden Moral in der Koalition wird ihm die Nichteinlösung des Versprechens nur nützen, bei der Opposition kann es ihm nicht schaden, denn diese kann nicht mehr tun, als das Gewissen aufzurufen und dieses schläft vorläufig noch einen tiefen Schlaf. Aber durch den Zwang der Verhältnisse kann und wird es einmal wachgerüttelt werden und dann wird die Erkenntnis reifen, wie gerade dieser Mann Staat und Volk verhängnisvoll geworden ist, nicht nur wegen seiner Begriffe über die Pflicht zur Einlösung gegebener Versprechen, sondern auch wegen seiner auf den rücksichtslosen Gebrauch der Macht eingestellten Gesinnung, die systematisch darauf lossteuert, in Millionen Köpfen und Herzen Stimmungen zu erzeugen, die dem Staate alles eher als förderlich sind.

## Über neben dem Schicksal des ungarischen Proletariates liegt unserer Partei das Schicksal der deutschen Proletarier in unserem eigenen Lande

mindestens ebenso am Herzen, und darum war es notwendig, daß auch über das in der jüngsten Sprachenverordnung niedergelegte schreiende Unrecht ein ernstes Wort gesprochen werde. Wenn Stivin in seiner Rede diese Sprachenverordnung einfach mit dem Hinweis abtut, daß für die Sozialdemokratische Sprachenverordnung keine Sache nationaler Kämpfe, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit und des Schutzes der Arbeiterinteressen seien, so scheint er wohl nicht zu wissen, daß in der Republik Millionen deutscher Proletarier leben, deren Interessen gerade durch

ihnen gelegentlich auch treffende Zwischen-

mindestens ebenso am Herzen, und darum war es notwendig, daß auch über das in der jüngsten Sprachenverordnung niedergelegte schreiende Unrecht ein ernstes Wort gesprochen werde. Wenn Stivin in seiner Rede diese Sprachenverordnung einfach mit dem Hinweis abtut, daß für die Sozialdemokratische Sprachenverordnung keine Sache nationaler Kämpfe, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit und des Schutzes der Arbeiterinteressen seien, so scheint er wohl nicht zu wissen, daß in der Republik Millionen deutscher Proletarier leben, deren Interessen gerade durch

diese Sprachenverordnung keineswegs geschützt, sondern aufs schärfste verletzt werden. Oder versteht Stivin unter den Arbeiterinteressen nur die des tschechischen Proletariates? Dann hat er allerdings Recht — denn ein Tscheche findet auch im letzten Winkel des „verdeutschten“ Gebietes Gehör in seiner Muttersprache —, aber dann hört Genosse Stivin auf, überhaupt noch ein internationaler Sozialist zu sein. Noch schöner wird es, wenn Stivin die Sprachenverordnung damit zu verteidigen versucht, daß ihre Herausgabe ja schon von dem deutschen Christlichsozialen Bund im Oktober 1925 gefordert worden sei mit der Begründung, daß man das Sprachengesetz in den Kammern noch belieben interpretiere. Notwendig war die Herausgabe einer Durchführungsverordnung zum Sprachengesetz allerdings schon lange, aber mußte gerade eine solche Mißgeburt dabei ans Tageslicht gefördert werden, welche die ärgsten Befürchtungen noch übertrifft und über die an sich schon mehr als harten Bestimmungen des Gesetzes noch so eigenmächtig und willkürlich hinausgeht, wie etwa in dem berüchtigten Paragraphen 90, mit dem man die Tserpolitik bis ins Wehrgroße fortsetzen kann? Will Stivin auch dies verteidigen? Von all diesen brennenden Fragen durch tschechische Manöver die Öffentlichkeit abzulenken, ist ein nutzloses Beginnen.

Die Zwangsjade der Geschäftsordnung brachte es mit sich, daß Genosse Dr. Czeh auf die Unterstellungen Stivins, als ob unserer Partei die Aufrollung der Fälscheraffäre direkt unangenehm gewesen wäre, nur im Rahmen einer sachlichen Bemerkung vom Vorsitzenden mehrmals auf die Ueberschreitung der Redezeit aufmerksam gemacht, reagieren konnte. Aber was er vorbrachte, ist so treffend, daß ein Kommentar die Wirkung seiner von tiefer Empörung getragenen Worte nur abschwächen würde. Stivin hätte sich diese Abfuhr ersparen können.

## Genosse Dr. Czeh

erwiderte auf die Angriffe Stivins folgendes:  
Hohes Haus! Mein verstorbener Freund Seliger hat einmal die Geschäftsordnung dieses Hauses als den Hals der tschechoslowakischen Abgeordneten bezeichnet. Wir Mitglieder der deutschen sozialdemokratischen Fraktion empfinden dies bei jedem Augenblick und tragen die Geschäftsordnung nur als eine Zwangsjade, in der es kein parlamentarisches Leben und kein parlamentarisches Atmen gibt. (Beifall.)

Vor Beginn dieser Session habe ich mich im Auftrage unserer Fraktion an den Präsidenten des Hauses mit der Bitte gewendet, uns Gelegenheit zur Feststellung unserer Standpunktes zu den Sprachenverordnungen zu geben. Der Antrag wurde abgelehnt.

Als wir dann von dem Rechte Gebrauch machten, im Rahmen der ersten sich anbietenden Debatte unseren Standpunkt darzulegen, wurden wir von höchster präsidentlicher Seite deshalb angeklagt. Wir haben uns heute wieder an den Herrn Präsidenten mit der Bitte gewendet, obwohl wir schon einmal gesprochen haben, uns die Möglichkeit zu geben, hier noch einmal das Wort zu ergreifen; auch das wurde abgelehnt und wir auf den engen Rahmen einer Bemerkung verwiesen, so daß wir keine Gelegenheit haben, zu den Darlegungen besonders des letzten Redners Stellung zu nehmen.

Ich möchte jetzt ganz kurz einige Feststellungen machen, nachdem eine Auseinandersetzung nach höheren Gesichtspunkten mit den Darlegungen des Herrn Abgeordneten Stivin unmöglich ist.

Der Abgeordnete Stivin hat die Behauptung aufgestellt, daß wir als Teil der Opposition und als Partei eine Aussprache über die Fälscheraffäre verhindern wollten und daß uns diese Auseinandersetzung angelegen kam.

Ich stelle fest, daß unsere Fraktion am 26. Jänner 1926 einen Antrag an das Präsidium richtete, in welchem wir die Einberufung des Parlaments verlangten und wörtlich folgendes schrieben:

„Die Ausbedung der Banknotenfälschungen in Ungarn hat eine außenpolitische Lage geschaffen, die nach der Stellungnahme der gesamten internationalen Öffentlichkeit und vor allem der Kleinen Entente ernste Komplikationen nach sich ziehen kann. Das Parlament muß daher über die durch den Budapestter Skandal geschaffene außenpolitische Lage und vor allem über die Pläne der Regierung unterrichtet und ihm die Gelegenheit zur Stellung-



# Für den ärmsten Böhmerwald.

## Eine Stimme aus dem Böhmerwald.

Dem Verfasser der kürzlich in der Parteipresse erschienenen Aufsätze „Belorene Dörfer, verlassen Menschen“ schreibt eine Genossin aus dem Saazer Land:

„Ich habe Ihre Böhmerwalderlebnisse und Schilderungen gelesen, es hat mich tief erschüttert. Ich glaube Ihnen auch, daß es schlimm ist, dies mit ansehen zu müssen und nicht sofort helfen zu können. Der „liebe Herrgott“ muß auch nicht lauter eigene Kinder haben, sondern es müssen ziemlich viel Stieflinder dabei sein, denen er mit einer wahren Wollust alles Schlimme zuschiebt. Wie wäre es denn anders möglich, daß er die Schätze der Erde, die doch keines Menschen Verdienst sind, so ungleich verteilt. Im Böhmerwald kein Brot, keine Kartoffel, und im Hopfenland zwar auch sehr wenig Korn und Kartoffel, aber ein Wohlstand, kaum auszu-denken. (Folgen einige Beispiele.)

Wetter Genosse! Wie schön wäre doch die Welt, wenn nicht Rot und Hunger herrschen würde. Es müßte nicht gerade überall Hopfen wachsen. Durchaus nicht. Es wäre doch noch anderes nötiger zum Leben. Und es könnte bei einigermaßen vernünftiger Einteilung jede Gegend und Lage, jeder Industriezweig dazu beitragen. Weiter Genosse, wären Sie direkt aus dem Böhmerwald ins Hopfenland gereist, es wäre Ihnen so gegangen wie mir. Ich hätte mögen schreien, so laut, daß es die ganze Welt hört: warum?! — warum muß es Stieflinder geben?“

Zum Schluß teilt die Genossin mit, daß sie sich soeben darum bemüht, den Säugling des schwerhörigen Witters aus Reubauhütte, von dem im ersten Aufsatz die Rede war, an guter Stelle unterzubringen.

„... müße sich mit Ungarn friedlich stellen, weil sonst den Kaufleuten und Industriellen der Weg verlegt werde. Ueber eine derartige politische Ausschachtung der Affäre schüttelte schon ganz Europa den Kopf. Die Debatte solle in Wirklichkeit der Wellenbrecher sein gegen den Unwillen des Volkes über die Koalition.

Stjepanek (Slow. Agrarier) ereifert sich über die degenerierte ungarische Adelskaste, über die Europa im allgemeinen noch viel zu wenig unterrichtet sei. Innerpolitische Schwierigkeiten könnten die Tschechen und Slowaken nicht trennen. Immerhin verlangte Redner in einem Atemzug die Errichtung einer vollkommen organisierten Polizei in der Slowakei und Karpatenrußland, damit man wisse, was dort geschieht.

Kallina (Deutschnational) erklärt die Sprachenverordnung als Sprachenraub und eine Krasse Verletzung der Minderheitsverträge. Benes falsche die Weltmeinung und das sei noch ärger als Bankrot zu fällen. Er kritisiert dann die Beeinflussung der Presse durch das Außenministerium und deutet dessen Beziehungen zur Wiener „Stunde“ und zu den Blättern des Sieghardkongress an verschiedenen Beispielen auf. Das Bogengebäude Benes sei aber durch Mussolinis Ausspruch über die Vergewaltigung der Sudeten Deutschen zusammengebrochen. Die Demokratie werde in diesem Staate mit Füßen getreten; die Partei des Redners wolle der wahren Demokratie die Wege ebnen.

Hajn (Nationaldemokrat) polemisiert gegen Deutschland, das sich zum Protektor der Minderheiten aufwerfen wolle, um dadurch die innere Lage der Staaten zu beunruhigen. Mussolini sei bei seiner bekannten Rede den Uebertreibungen der deutschen Propaganda zum Opfer gefallen. Den Deutschen sei selbst nach dem Umsturz all ihr Ueberfluß gelassen worden, Schulen hätten sie ge-

Die Schilderungen über die Arbeitslosennot im Böhmerwalde werden in kürzester Zeit als Broschüre erscheinen. Die Verbreitung der Broschüre soll in erster Reihe der Förderung der in Vorbereitung befindlichen Hilfsaktion dienen.

## Spenden-Ausweis.

Wir veröffentlichen heute eine Zusammenstellung der auf Grund der Aufsätze über den Böhmerwald eingelaufenen Spenden:

- Siegward W. Saaz . . . . . K 50.—
- Otto Umlauf, Bodenbach . . . . . K 200.—
- Direktor Bohmar, Bodenbach . . . . . K 150.—
- Emma Wondrej, Haiba . . . . . K 50.—
- Von einem Hausball in Modlan . . . . . K 33.—
- Kurt Krüger, Bodenbach . . . . . K 50.—
- Ein ungenannt sein wollender Genosse . . . . . K 2000.—
- Summa . . . . . K 2533.—

Ueber die Verwendung der Spenden sei vorläufig folgendes mitgeteilt: Eine Zuweisung der Beträge an einzelne Familien kommt nur dann in Frage, wenn mit der Spende eine ausdrückliche Widmung für bestimmte, in den Aufsätzen bezeichnete Personen verbunden war. Hinsichtlich der weiteren Beträge muß bemerkt werden, daß die Redaktion die Auswahl der Bedürftigsten nicht allein vornehmen kann. Selbst der Verfasser der Schilderungen ist außerstande, mit gutem Gewissen zu entscheiden, welche die ärmste Familie in diesem Glendebiete ist. Die nicht mit bestimmten Widmungen versehenen Spenden werden deshalb dem in Bildung begriffenen Hilfskomitee sofort nach seiner Konstituierung übergeben werden.

„... und jetzt lasse man sie noch in die Zettelbank. Als er die Nichtanerkennung Rußlands zu begründen versucht, gerät er in ein heftiges Wortgefecht mit den Kommunisten über die Propaganda innerhalb der Armee, das den Kommunisten Gelegenheit zu ironischen Zwischenrufen in Menge gibt.

Kreibich (Kommunist) wirft Dr. Benes vor, daß er absichtlich gegen die falschen Gerüchte in der Frage der Anerkennung Rußlands nichts unternahme. Rußland knüpfte an die Anerkennung keine Bedingungen, ja verlange nicht einmal die Wiederherstellung des großen Siedens, den die Legionäre in Rußland angerichtet hätten. Dagegen habe Benes verschiedene wirtschaftliche Begünstigungen verlangt.

Wysolbec (Volkspartei) erklärte, niemals Sowjetrußland anzuerkennen. Er verbreitete sich ausführlich über Windischgrätz und seine Vorhaben und zieht aus dessen Verbindung mit reichsdeutschen Politikern den Schluß, daß Berlin ein ständiger europäischer Unruheherd sei, auf dem man gut aufpassen müsse. Ungarn gegenüber müsse man einen viel energischeren Ton anwenden.

Den Schluß der Debatte bildet der eingangs ausführlich geschilderte Zusammenstoß Stivi-Geze, worauf das Haus zur Abstimmung über die Erklärungen des Außenministers schritt. Die Erklärungen werden von der Koalition selbstverständlich zur Kenntnis genommen.

Nachdem noch der Antrag des Abgeordneten Tomane, dem Abgeordneten Dubicky eine Rüge zu erteilen, weil er ihn während einer Sitzung einen Schlag versetzt habe, nach dem Bericht des Immunitätsausschusses abgelehnt worden war, wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag, den 25. Feber um 4 Uhr nachmittag.

# Inland.

## Das Senatspräsidium und die Deutschbürgerlichen.

Von der Allmutter „Bohemia“ aus macht eine Nachricht die Runde durch die deutschbürgerliche Presse, die ein beachtenswertes Dokument der obendrein höchst abnormen Demagogie der Deutschbürgerlichen ist. Es heißt da:

Bei der Wahl wurden für Klossa 80 Stimmen abgegeben. Da die Koalition insgesamt bloß über 60 Stimmen verfügt und die Kommunisten für ihren Sonderkandidaten stimmten, ist es klar, daß die deutschen Sozialdemokraten ihre Stimmen für den Koalitionskandidaten abgegeben haben. Als Gegenleistung wählte die Koalition den deutschen Sozialdemokraten Niehner zum Vizepräsidenten.

Wie aus unserem gestrigen Bericht hervorgeht, verhielt sich die Sache in Wahrheit natürlich so: Der Name des Genossen Niehner stand bereits auf der Liste der Vizepräsidenten, als die Abstimmung begann. Von einer Gegenleistung konnte nicht die Rede sein, da weder unsere Stimmen etwas an der Wahl Klossas geändert hätten, noch unsere Stimmhaltung eine Änderung der Liste der Vizepräsidenten zur Folge gehabt hätte. Es handelte sich hier um einen rein formalen Akt, wie er bei Präsidentschaftswahlen und bei den Ausschufwahlen in beiden Kammern immer wieder vorkommt. Zugunsten haben die Deutschbürgerlichen die Ausschufwahlen gestimmt, auf denen Tschechen aller Parteien standen, weil die Geschäftsordnung eben zu diesem Mord der Wahlen zwingt. Entweder sind die Bürgerlichen zu albern, das zu begreifen oder sie sind so demagogisch, die Sachlage wider ihr besseres Wissen zu entstellen.

Ein anderer Fall allerdings ist die Haltung der Bürgerlichen zur Wahl des Genossen Niehner überhaupt. Die Deutschbürgerlichen wollten auch im Senat einen Vizepräsidenten aus den Reihen des neuen „Verbandes“ haben. Sie waren schamlos genug, das Hochverratsverbrechen von dem „stärksten deutschen Klub“, der in Wahrheit aus drei deutschen und einer magyarischen Partei besteht, auch im Senatspräsidium als Argument ins Treffen zu führen. Dagegen kam allerdings mit seiner Feststellung, Genosse Niehner könne niemals der Vertrauensmann der Deutschbürgerlichen sein, schief an. Er erhielt die Antwort, daß der Vertreter der deutschen Arbeiterschaft im Präsidium auch nie mehr als das sein wolle und beiseite schon gar nicht den Ehrgeiz besitzt, ein Vertrauensmann der Deutschbürgerlichen zu sein. Daß aber die Koalition in dem einen Fall, nachdem sie im andern der „stärksten Partei“ das Wunder der unbefähigten Dreifaltigkeit von drei oder vier Parteien in einer geglaubt hatte, soviel Aufwand betreibt, der deutschen Arbeiterschaft und der in Wahrheit stärksten deutschen Partei nicht die Vertretung zu räumen; während die Hochverratsverbrechen die aus drei eins machen und das Gegenüber einmalaus bei den Jesuiten gelernt haben, diese Vergewaltigung gern wiederholt hätten, das beschränkt nur die Deutschbürgerlichen. Statt aber mit ihrem Fokusfokus kluglich hinterm Berge zu bleiben, tragen sie ihn in die Öffentlichkeit und entscheiden sich nicht, dem Unwillen des überwiesenen Schwarzkünstlers in häßlichen Worten Ausdruck zu geben. Sie mögen achtsamen, daß ihnen nicht die deutschen Arbeiter für derartige Stücken eine respectable „Gegenleistung“ bieten!

„... Inungnahme gegeben werden, zumal sich nach offiziellen Meldungen der Ministerrat mit diesem Gegenstand bereits wiederholt beschäftigt und einen ausführlichen Bericht des Außenministers entgegengenommen hat.“

Ich stelle fest, daß wir am 23. Jänner eine Aussprache gefordert haben und daß unser Antrag den Gegenstand der präsidentialen Beratung gebildet hat.

Ich stelle fest, daß Abgeordneter Stivin Mitglied des Parlamentspräsidiums ist, daß er von unserem Antrage Notiz nehmen mußte, auch Kenntnis genommen hat, zumal er sich mit diesem Antrag in seinem Blatte wiederholt auseinandergesetzt.

Ich stelle weiter fest gegenüber den Konstatierungen des Herrn Abgeordneten Stivin,

daß wir diesen Antrag am 16. Feber vor Zusammentritt des Hauses erneuert haben, wieder mit demselben Wortlaut und wieder mit demselben Wunsche nach einer Aussprache. Es ist also

die Behauptung, daß uns diese Auseinandersetzung unlieb und unerwünscht kam, durchaus unzutreffend.

Ich stelle weiter aber fest, daß nach der Rede, die ich namens unserer Fraktion gestern hier von dieser Stelle aus gehalten habe, eine solche Anklage auch sachlich durchaus unzutreffend ist, da die Behauptung des Abgeordneten Stivin, als hätten wir nichts anderes gemacht, als in großen Letzern uns über die Sprachenverordnung auseinanderzusetzen, durchaus nicht zutrifft. Unsere Partei hat bisher immer bei allen außenpolitischen Anlässen, bei allen internationalen Fragen ihre Pflicht getan und

wir würden dem Herrn Vorredner nur gratulieren, wenn er sich eines gleichen internationalen solidarischen Verhaltens bei früheren außenpolitischen Anlässen hätte rühmen können.

(Weisfall auf der Linken.) Ich verweise auf die Frage der Sanktionen im Jahre 1919 und 1920, die Ruhrkrise, die Reparationen, Oberschlesien, die österreichische und die ungarische Sanierung und lade alle Abgeordneten ein die Stellungnahme der tschechisch-sozialdemokratischen Partei gegenüber all diesen Fragen nachzuprüfen.

Ich schließe mit folgender Feststellung: Was wir hier gesehen haben, das ist nichts als ein großes strategisches Ablenkungsmanöver der Koalition von ihren Missetaten. Wir begreifen die fatale Lage der Koalition sehr, aber wir können der Koalition nicht helfen. Sie hat sich selbst in die Lage gebracht. Im übrigen sehen wir, soweit das Verhältnis zwischen uns und den tschechischen Sozialdemokraten in Frage kommt, ruhig der von dem Zentralorgan der tschechisch-sozialdemokratischen Partei angeführten Auseinandersetzung vor dem Forum der Internationalen entgegen.

(Zustimmung und Händeklatschen auf der Linken.)

Den vorhergehenden Debattenrednern wurde nur geringes Interesse entgegengebracht. Zu Beginn der Sitzung, die von 10 Uhr vormittags bis nach drei Uhr nachmittags dauerte, erklärte als erster Redner

Krumpe (Christlichsozial), daß das Benes-Exposé eine schwere Enttäuschung sei und meist innerpolitischen Verlegenheiten entspringe. Man

Copyright durch Wilhelm Goldmann Verlag, Leipzig, 1926.

## Die Goldwäscher am Klondike.

Roman aus der Zeit der großen Goldsunde in Kanada und Alaska

52 von Emil Droonberg.

Murphy hatte McPhee ungestört aussprechen lassen und sich damit beschäftigt, mit einem Meißel auf dem Schreibtisch herumzutrommeln. Jetzt machte er eine halbe Wendung nach McPhee und sagte:

„McPhee, in ihrem Gehirn scheinen sich Moten eingenistet zu haben. Was sie hier von einem Wegschleppen des Mädchens mit Gewalt fasselt, wäre eine kaum geringere Dummheit, als wenn wir es gleich um die Ecke brächten. Denn in beiden Fällen entsteht Lärm darüber. Den müssen wir vermeiden, denn das Mädchen ist nicht mehr ohne Freunde.“

„Allerdings“, gab McPhee etwas Kleinslaut zu. „Was können wir aber tun?“

„Einstweilen weiß ich nur, was wir nicht tun dürfen“, beantwortete Murphy die Frage. „Wir dürfen nichts tun, was irgendwie die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf das Mädchen lenken könnte. Je weniger Leute von ihrer Existenz und ihrem Namen eine Ahnung haben, um so besser. Also lassen Sie uns zunächst einmal sehen, wie viele hier in Dawson sind, die von der Existenz zweier Eileen Malony Kenntnis haben.“

Er blickte fragend auf Lynn.

„Da sind zunächst die meisten Passagiere vom „Star of the North“, die von der Sache gehört, sie aber wahrscheinlich schon längst wieder vergessen haben, denn sie hatten alle viel zu viel mit ihren eigenen Angelegenheiten zu tun und in dem Gewimmel von Reisenden fällt der Ein-

zelne nicht auf. Außerdem sind sie jetzt im Lande verstreut. Eine Gefahr könnte uns nur von ihren näheren Bekannten kommen. Und das sind die beiden Patersons und vor allem der Bursche, der sich schon auf dem Schiffe an sie herangemacht hatte und dem ich schon einmal meine Hände wegen des Mädchens habe fühlen lassen. Aber er ist uns nicht mehr im Wege. Heute morgen ist er mit Leuten von Davy Evans nach den Minen abgereist, wo er Arbeit genommen hat. Ich halte ihn durch Texas Jim beobachtet lassen. Denn ich wollte auch nichts veräumen.“

Das rote Trinker Gesicht Murphys nahm einen Ausdruck von Unruhe an und die Augen blickten wie die eines Wachhundes, der etwas Verdächtigtes wahrzunehmen glaubt.

„Wissen Sie nach welcher Mine? Evans hat verschiedene.“

„Texas Jim ist wie eine Ratte, die sich überall hineinfrischt und alles aufstöbert. Er hat die Leute befragt. Sie geben nach dem Entdeckungs-Claim am Karibu-Creef. Ist dort nicht auch unser Claim?“

„Freilich, Mann. Er liegt direkt neben dem Entdeckungs-Claim und da sagen Sie noch, der Keel ist uns nicht mehr im Wege? Ich sage Ihnen, er ist uns dort mehr im Wege, als irgendwo anders. Denn obwohl Evans hier so viel Unternehmungen an der Hand hat, daß er sich kaum für längere Zeit von Dawson entfernen kann, liegt doch die Möglichkeit vor, daß er seinen Claim dort einmal besucht. Es müßte dann seltsam zugehen, wenn er mit seinen Leuten nicht auch die Verhältnisse auf der Nachbarmine bespricht und daß dabei nicht der Name der Eigentümerin mit genannt wird. — Dann ist all! — Ich bin so vorsichtig gewesen, den Leuten, die dort für uns arbeiten, den Namen Malony gar nicht zu nennen. Sie wissen nur, daß ich den Claim als eine Erbschaftsfrage verwalte und haben es im übrigen nur mit mir zu tun.“

Zwei Dinge sind jetzt nötig. Das Mädchen in Fort Yukon muß verhindert werden, nach Dawson zu kommen, und der Keel auf dem Claim muß in irgendeiner Weise von dort verschwinden.

Geben wir zunächst an die schwierigere Aufgabe, die zugleich die dringendste ist. Die Sache liegt so: Das Mädchen wird jetzt wissen, daß ihr Vater sich nicht am Hootalinqua-Creef befindet, denn man wird ihr geraten haben, sich in der Land-Titles-Office nach seinem Claim, der ja dort eingetragen sein muß, zu erkundigen. Wir müssen wenigstens damit rechnen, daß das geschieht. Sie weiß aber bestimmt, daß es hier in Dawson gewesen ist, denn hierher hatte sie ihm Briefe geschrieben. Das nächste wird also sein, daß sie hierherkommt, um ihn hier zu suchen. Das kann sie aber nicht eher tun, als bis der erste Dampfer von Nome den Fluß heraufkommt. Das dauert ein paar Wochen, und auch der Trail ist für ein paar Wochen unpasseierbar. Der schmelzende Schnee hat ihn streckenweise in einen einzigen Sumpf verwandelt. Das gibt uns also gerade noch Zeit, ihr eine Nachricht über ihren Vater zukommen zu lassen.“

„Noch eine Nachricht?“ sagte McPhee zweifelnd. „Sie glauben also nicht, daß sie schon von der ersten genug hat? Well, ich muß sagen, daß Sie diese irische Laffie für reichlich dumm halten.“

„Im Gegenteil. Ich spekuliere niemals auf die Dummheit der Menschen. Das ist ein Fehler, vor dem ich Sie nicht genug warnen kann. Es ist immer besser, auf ihre Klugheit zu spekulieren. Und sie haben uns den Weg, den wir dazu wählen müssen, schon selbst vorgezeichnet, als Sie sagten, sie würde sich jeden, der ihr eine neue Nachricht bringt, verdammt genau ansehen, ehe sie ihm Glauben schenkt.“

\*) Laffie — irische Bezeichnung für junges Mädchen, Gleichwertig dem deutschen Göhre.

McPhee nahm seine Pfeife aus dem Munde und blickte unsicher auf Murphy. Diese Art, Schlüsse zu ziehen, war ihm offenbar nicht geläufig.

„Das weist also von vornherein darauf hin, daß irgendeine fremde Person dafür nicht in Frage kommt“, fuhr Murphy fort, die Kreise seiner Feststellungen enger ziehend. „Soweit ich sehen kann, sind es nur drei Personen, von denen ich eine Nachricht von ihrem Vater nicht verdächtig erscheinen würde. Das sind die Patersons und der Mann Wsche. Und auch die Patersons sind noch zweifelhaft. Volles Vertrauen wird sie nur in den Mann setzen, der wohl ihr Liebhaber ist.“

Die letztere Bemerkung hatte die Form einer Frage an Lynn.

Der suchte die Achseln.

„Hübsch genug ist das Mädchen schon, daß sich einer in sie vergaffen kann“, meinte er.

„Hübsch genug?“ fiel ihm das Weibsbild ins Wort. Es war das erstemal, daß sie selbst eine Bemerkung machte. „Ich begreife deinen Geschmack nicht, Preston. Hübsch? Mit solchen Fischaugen!“

Ein häßliches Lachen und ein Zug von Verlängerung um ihre Mundwinkel ließ ihrer Beurteilung von Lynns Geschmack noch mehr Farbe.

„Von Fischaugen habe ich eigentlich noch nichts bemerkt“, widersprach er milde. „Ich dachte immer, sie hätte recht schöne Augen.“

„Wir können ruhig annehmen, daß sie nicht auseinander gegangen sind, ohne einen Briefwechsel miteinander zu verabreden“, entschied Murphy.

„Sie wollen ihr schreiben?“ fragte Lynn.

(Fortsetzung folgt.)



**Zusammenbruch der deutschnationalen Hehe** gegen unseren Fischerner Genossen Sacher. Wir haben vor kurzem berichtet, daß der deutschbürgerliche Teil der Gemeindevorstellung von Fischern unter Führung des altdeutschen Vizebürgermeisters Heingl seit längerer Zeit eine maßlose Hehe gegen den Bürgermeister, Genossen Anton Sacher betrieb und daß Heingl schließlich sogar eine Klage gegen Genossen Sacher wegen Korruption bei der Staatsanwaltschaft anhängig gemacht hatte. Nun ist, was wir vorher erwarteten, eingetroffen: die infame Hehe gegen Sacher ist zusammengebrochen. Er erhielt diese Woche vom Kreisgericht Eger die Verständigung, daß die gegen ihn eingeleitete Vorerhörung wegen des Rücktritts der Staatsanwaltschaft von der strafgerichtlichen Verfolgung eingestellt wurde. Diese Nachricht wirkte in der Fischerner Stadtvorstellung, die gerade am Tage des Einlasses der gerichtlichen Verständigung zu einer Sitzung zusammengetreten war, wie eine Bombe. Unser Genosse Heingl teilte dann der Stadtvertretung eine Entschuldigungsmitteilung mit, die sich in der schärfsten Weise gegen den altdeutschen Vizebürgermeister Heingl wendet und feststellt, daß durch diese gerichtliche Erklärung für die sozialdemokratische Fraktion jeder Grund wegfiel, die seinerzeitige Erklärung des Genossen Sacher zur Kenntnis zu nehmen, wonach dieser bis zum Abschluß der Vorerhörung sein Mandat wollte ruhen lassen. Die Resolution, die in eine Vertrauens- und Dankesklugung für den Genossen Sacher ausmündete, wurde unter stürmischem Beifall von allen gegen drei Stimmen zur Kenntnis genommen. — Dieser Fall, der mit einer so elenden Niederlage der deutschbürgerlichen endet, ist ein weiterer sehr lehrreicher Beitrag zu den geschäftigen, struppelosen Methoden, die das Bürgertum im Kampfe gegen die Sozialdemokratie anzuwenden beliebt.

**Dörfler aus der Partei ausgeschlossen.**

Wir erhalten vom Parteisekretariat folgende Mitteilung:  
Von der Bezirksorganisation Neudorf wurde der Ausschluß Emil Dörfler aus der Partei im Sinne des § 51 des Organisationsstatutes beantragt. Der Parteivorstand hat diesen Antrag im Sinne der Statuten einem siebenköpfigen Schiedsgericht zugewiesen. Der Aufforderung des Parteivorstandes nach Rominiierung der Beiführer für das Schiedsgericht sind aber die genannten Personen, gegen die das Ausschlußverfahren beantragt wurde, nicht nachgekommen, weshalb Dörfler gemäß § 63 des Organisationsstatutes als aus der Partei ausgeschlossen zu betrachten ist. Wir bitten die Parteimitglieder, hievon Kenntnis zu nehmen.

**Eine falsche Verschwörung zum Umsturz Mitteleuropas?**

Die durchaus seriöse und gutunterrichtete „Frankfurter Zeitung“ schreibt:  
„Von einer angeblichen großen faszistischen Verschwörung, die von Rom ausgehend, in Verbindung mit den Erwachenden Madjaren, den bairischen Ruppertsleuten und auch noch dem Prinzen Carol von Rumänien ganz Mittel- und Südosteuropa habe umtrempelein wollen, aber durch die Aufdeckung der Frankensälzungsaffäre gestört worden sei, wird in der englischen und amerikanischen Presse allerlei zurechtgerückt. Die „Daily News“ behauptet, in Rom bestünde ein Büro für internationale Beziehungen mit einem Stabe von 150 Mitarbeitern, die aber im Budget des italienischen Auswärtigen Amtes nicht aufgeführt seien und an deren Spitze ein Neffe des Kardinals Gaspari stehe. Dieser sei im Jahre 1923 in Ungarn gewesen, um mit den „Erwachenden Ungarn“ Fühlung zu nehmen. Auf Verlangen Mussolinis habe man dort statt des legitimen von Graf Apponyi unterstützten Erzherzogs Otto den Erzherzog Albrecht als Kronprinzen auf den Schild erhoben. In Oesterreich habe man die Republik abschaffen und unter italienisch-ungarischer Führung ein faszistisches Regime errichten wollen. Auch ein Vertreter Poincarés soll an diesen Beratungen teilgenommen haben. Die amerikanische „Nation“ weiß auch noch von Verbindungen, die angeblich mit Ruppertsleuten und den Bayern bestanden haben, zu berichten. Nun weiß man ja von weiland Don Carlos und anderen Kronprinzenen früherer Zeit, welche phantastischen Pläne da in den monarchistischen Spinnstuben gesponnen werden, und ebenso, welche Phantasien aus dem Halbdunkel heraus noch hinzukombiniert werden. Da jetzt die beschäftigungslosen Thronwärter gleich dühendweise herumlaufen, so kann man sich vorstellen, welche Summe von mehr oder weniger verrückten Plänen da ausgeheckt wird. Es kann also schon einiges an diesen Erzählungen richtig sein. Das Charakteristische ist, daß alle diese Umsturz- und Restaurationspläne mit Mussolini und mit Ungarn in Verbindung gebracht werden. Mussolini erscheint gewissermaßen als der große Beschützer der schreibenden Königsräucher, und Beschützer ohne Grund ist das wohl nicht. Erzherzog Albrecht, der Sohn des Erzherzogs Friedrich, den der Soldatenmund während des Krieges ob der kaufmännischen geschickten Verwertung seiner agrarischen Milchprodukte den Rahmreichen genannt hat, ist im letzten Späthommer tatsächlich mit seiner Mutter Isabella, die auf mehr als 600 Millionen Dollar geschätzt wird, mehrere Monate in Rom gewesen. Beide haben dort am Hofe wie am Vatikan verkehrt. Nachher ist dann ein ungarischer Abgeordneter in besonderer Mission von Budapest nach Rom geschickt worden, ist vom König und Mussolini empfangen worden, und bald darauf hat Mussolini — für welche Verdienste um Ungarn ist nicht bekannt geworden — einen hohen ungarischen Orden erhalten. Diese Kundgebung offizieller ungarischer Sympathie für Herrn Mussolini hat auch in Ungarn einiges Aufsehen erregt und ist im Parlament kritisiert worden. Die amtliche Erklärung des Grafen Bethlen, es habe sich lediglich um eine Höflichkeit gehandelt, hat nur wenigen ganz gutmütigen

Leuten genügt. Das ganze Geraune und Getuschel, die Rantspinnereien von abgedankten Fürstlichkeiten und Aristokraten, die gerne wieder im Glanze eines Thrones herumstehen möchten, erweckt den Eindruck, als ob wir uns nicht im zwanzigsten, sondern im siebzehnten oder achtzehnten Jahrhundert befänden. Die Sachen sind ja bei weitem nicht so ernst, wie sie die Beteiligten nehmen. Aber es ist doch sonderbar, daß diese gefährlichen Phantastereien die Welt beschäftigen, wenige Jahre, nachdem eine der größten Umwälzungen die Welt erschüttert hat.“

**Kampf der volksfeindlichen Steuerpolitik!**

**Die Pläne des Finanzministers: Erhöhung der Zuckerpriese, Verteuerung der Rauchwaren, Erhöhung der Eisenbahntarife, „Neuregelung“ der Umzugssteuer.**

Wenige Wochen erst ist der Finanzminister Englisch im Amte, seine Amtsführung aber ist für die Massen der Bevölkerung schon heute eine schwere Enttäuschung. Man hatte von dem „ersten Volkswirtschaftslehrer der Tschechoslowakei“, wie ihn seine Bewunderer nennen, viel erwartet und glaubte, daß er das Gleichgewicht im Staatshaushalte durch eine gleichmäßige Verteilung der Steuerlasten auf alle Schichten der Bevölkerung herstellen werde. Statt dessen macht er, was sein Vorgänger Becka auch gemacht hat: Er beschafft sich das Geld, das der Staat braucht, durch ausgiebige Erhöhung aller Massensteuern, welche die ärmsten Volksschichten zahlen und schwer tragen müssen.

Gerade den jetzigen Augenblick hat sich der Finanzminister ausgekocht, um die Steuern auf Lebensbedarfsartikel zu erhöhen. Die Löhne aller Arbeiterschichten sind beschämend niedrig, die Lebenshaltung schlechter als in der Vorkriegszeit. Die Tschechoslowakei kommt, was die Höhe der Löhne anbelangt, in der Reihe der Staaten an vierzehnter Stelle. Und wenn nicht alle Anzeichen trügen, ist die Wirtschaftskonzentration im Abflauen, die Zahl der Arbeitslosen wächst, vereinzelt werden Betriebseinsparungen gemeldet. Wir haben, wie aus unseren Schilderungen in den letzten Tagen grauenvoll hervorgeht, ganze Hungergebiete in Böhmen, wo die Menschen von Kartoffeln allein leben müssen und Anzeichen der Unterernährung wie im Kriege aufweisen. Und trotz dieser Not, die zum Himmel schreit, will man den Menschen das Leben noch schwerer machen und treibt sie so direkt der Verzweiflung in die Arme.

Einer Abordnung der tschechischen Gewerkschaften hat der Herr Minister seine Pläne enthüllt. Er denkt zunächst daran den Zucker durch eine neuerliche Verteuerung zu einem Letztbissen für die Reichen zu machen. Schon jetzt ist der Zucker mit einer Steuer von etwa 1,5 Kronen pro Mito belastet (54 h Zuckersteuer, 25 Heller Umfasssteuer und 70 h von der letzten Regelung der Staatsbeamtengehälter her), die dem Staat fast 700 Millionen K einträgt. Das ist noch nicht genug und deshalb will Englisch durch eine Erhöhung dieser schon ohnehin wahnsinnig

hohen Steuer, den Zuckerpreis in dem zuckerreichsten Lande Europas noch weiter in die Höhe treiben. Wie das „Rudo Pravo“ jüngst schrieb, soll die neue Erhöhung 70 Heller betragen, so daß die Steuer auf Zucker insgesamt 2 K 20 h pro Kilogramm betragen würde, um welchen Betrag die Bevölkerung den Zucker eben teurer bezahlen müßte.

Auch für die Raucher hat der Herr Finanzminister etwas vorbereitet. Er denkt eben an alle Schichten der Bevölkerung, wenn es gilt die Steuern zu erhöhen, nach dem Grundsatz: Wer vieles nimmt, wird jedem etwas nehmen. Schon bisher ist die Qualität der Tabakfabrikate eine elende, trotzdem sie teuer sind. Die Tabakregie erwirtschaftet schon jetzt Jahr für Jahr einen Reingewinn von 700 Millionen heraus, die sie den Rauchern aus der Tasche zieht. Englisch glaubt aber, daß die Zigarren und Zigaretten noch immer zu gut und zu billig sind und will sie mit Hilfe seiner „wissenschaftlichen“ Finanzpolitik noch teurer und noch schlechter machen.

Die heftige Empörung wird auch die geplante Erhöhung der Personentarife auf den Eisenbahnen um 22 Prozent hervorrufen. Kommt ein Jahr ist es her, daß die Tarife um 10 Prozent erhöht wurden und schon kommt eine neuerliche Erhöhung um ein volles Viertel. In Belgien hat man — wegen der Wohnungsnot, welche die Menschen zwingt, weit von ihren Arbeitsstätten zu wohnen — die Eisenbahntarife herabgesetzt. Bei uns gibt es auch eine Wohnungsnot, das neue Baugesetz wird ständig hinausgeschoben und man will die Eisenbahntarife erhöhen, um die Fahrten zur Arbeit noch zu verteuern!

Ebenso wird von einer „Neuregelung“ der Umzugssteuer gesprochen, die sicher keine Herabsetzung dieser ungerechtesten aller Steuern mit sich bringen wird.

In den letzten Tagen wurde davon gesprochen, daß der Finanzminister zurückzutreten gedenke. Angesichts seiner Steuerpläne wäre das kein Schade. Wir wünschen ihm, daß er recht bald wieder die Brünner Universitätsstudenten unterrichten möge, denn als Universitätslehrer ist Herr Prof. Englisch für die Massen der Bevölkerung ungefährlicher denn als Finanzminister.

**Der vergeßliche Bethlen.**

**Der ungarische Ministerpräsident hat schon vor drei Jahren von dem „patriotischen Unternehmen“ gewußt.**

Die „Arbeiter-Zeitung“ bringt neue aufsehenerregende Meldungen über die Vorgänge im Budapest Unterwuchsausschuß. Aus ihnen geht hervor, daß Gömbös, der Führer der ungarischen Rassistenschüler und ein unmittelbarer Gefinnungsgenosse unserer Palantzenler, Parteigenosse des als Mitarbeiter des „Tag“ rühmlichst bekannten Tibor von Edhart, um die Fälschungen nicht nur gewußt, sondern auch bei der Verteilung der Noten auf das Ausland eine bedeutende Rolle gespielt hat. Auch Ludendorff scheint, wie sich nunmehr sicherer als früher behaupten läßt, um die Sache gewußt zu haben. Einer der Beschuldigten, Tesler Raba, sagte aus, er müsse in seinem Stenogrammbuch noch die Konzepte der Briefe haben, die er nach dem Diktat des Windischgrätz an Ludendorff und Seckel geschrieben habe. Sogar offizielle Budapest Blätter geben das zu und Ludendorff schweigt, was in diesem Falle nur bedeuten kann, daß er gesteht.

Wichtig und neu ist aber vor allem, daß Bethlen tatsächlich um alles wußte. Raba erzählte, daß Windischgrätz den Ministerpräsidenten ständig über alle Phasen des Unternehmens auf dem Laufenden gehalten habe. Ueber die Aussagen des Grafen Teleki brachte die ungarische Presse sehr vage Berichte, aus denen zwar zu entnehmen ist, daß da etwas nicht klappt, nicht aber deutlich hervorging, was Teleki ausgeplaudert hat. Vor dem Untersuchungsausschuß hat nämlich Teleki erklärt, er habe schon 1922 den Ministerpräsidenten Graf Bethlen informiert und dies in Gegenwart Radossy.

Der Ausschuß wandte sich nun auch an Bethlen selbst mit der Frage, was von den Behauptungen des Teleki wahr sei. Der Ministerpräsident des Königreiches Ungarn, der sich doch sicher einbildet, zu den geistig hervorragendsten Führern des Landes zu gehören, erwiderte darauf, er habe damals von der Sache allerdings gehört, habe sie aber seither vergessen! Man fragte ihn, warum er bei der ersten Einvernahme nichts davon erwähnt habe und auch auf diese Frage gab Bethlen dieselbe Antwort, er habe nichts mehr von den Dingen gehört und sie seien ihm

baher vollständig aus dem Gedächtnis entschwunden!

Der Ministerpräsident benahm sich also ungefähr so wie jene mit Vergeßlichkeit geschlagene Menschen, die, wenn sie an eine Verabredung erinnert werden, mit tragischer Gebärde ausrufen: Erschlagen hätten sie mich können, ich hätte mich nicht mehr erinnert! Es mag Sache eines jeden Landes sein, sich einen derartig vergeßlichen Ministerpräsidenten zu halten und das ungarische Volk in seiner Mehrheit ist ja auch bereit, den vergeßlichen Schüler in den Karzer zu sperren, wenn sie einmal wieder dreinzurehen hat. Aber auch für die auswärtigen Mächte ist das ein Beweis, daß die Frankensälzungsaffäre von der ungarischen Regierung in der gewissenlosesten Weise gefördert wurde und daß es in Ungarn kein Ende mit solchen Affären nehmen wird, solange Bethlen und Horthy herrschen. Der Abschluß eines Garantiepaktes, der dieses System noch vor aller Welt feierlich der Wertschätzung des Vertragspartners versichert, scheint uns aber der am wenigsten geeignete Weg, den Uebelständen abzuwehren, zumal im Falle eines Konfliktes Bethlen ja wieder mit bestürzter Miene und mit einem lachenden und einem weinenden Auge sagen könnte: Den Pakt? Den hab' ich total vergessen!

Nur scheinen die Machthaber dieses Staates anderer Meinung als wir zu sein, was zum Teil auf ihre eigene Vergeßlichkeit bei Versprechungen, Ehrenwörtern und anderen Kleinigkeiten zurückzuführen sein mag.

**Die sozialdemokratische Demonstration verboten.**

Budapest, 19. Febr. (Amlich.) Der sozialdemokratischen Partei ist der Beschluß der Polizeibehörde in Angelegenheit der von dieser Partei geplanten Straßendemonstration übermittelt worden. Die Polizei hat die Genehmigung des Umzuges verweigert. Von anderer Seite ist der Polizei ein Ansuchen

zur Bestattung eines Umzuges bisher nicht zugekommen.

Der Minister des Innern Ralovski wurde befragt, wie er sich zu dem Beschluß der sozialdemokratischen Partei stelle, wonach der geplante Demonstrationsumzug unter allen Umständen veranstaltet werde. Der Minister erklärte u. a.: Sollten die Sozialdemokraten auf dem Standpunkte bestehen, trotz Verbotes von Seiten der Polizei den Demonstrationsumzug abzuhalten, so mache ich sie für eventuelle Zusammenstöße verantwortlich.

**Der Ratstag Deutschlands.**

**Keine Aenderung der Zusammensetzung des Rates Bedingung für das Aufnahmegesuch.**

Berlin, 19. Febr. (Wolff.) Im auswärtigen Ausschuh des Reichstages berichtete Reichsaußenminister Dr. Stresemann über den Stand der derzeitigen Verhandlungen, die sich auf die Verstärkung des Völkerbundes beziehen. Nach einer umfangreichen Aussprache wurde ein kommunistischer Antrag, das Eintrittsgesuch Deutschlands zurückzuziehen, gegen neun Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde vom Vorsitzenden Abgeordneten Hergt (Deutschnational) festgestellt, daß — unbeschadet der grundsätzlichen Stellungnahme der einzelnen Parteien zum Völkerbund — im übrigen von sämtlichen Parteien des Ausschusses mit Ausnahme der Kommunisten und der Völkischen die Auffassung vertreten worden sei, daß das Gesuch Deutschlands um die Aufnahme in den Völkerbund unter der Voraussetzung gestellt worden ist, daß entsprechend den gepflogenen internationalen Verhandlungen und den dabei gegebenen Zusagen, Deutschland bei der bevorstehenden Tagung des Völkerbundrates einträglich sich im Völkerbundrat erhält, ohne, daß dabei eine weitere Aenderung in der Zusammensetzung des Rates eintritt.

**Ein deutschnationaler Demonstrationsantrag.**

Zur tschechischen Sprachenverordnung.  
Berlin, 19. Febr. Die deutschnationalen Abgeordneten von Freytag-Loringhoben und Quack haben folgende Interpellation im Reichstag eingebracht: „Die soeben erlassene tschechoslowakische Sprachenverordnung engt die Rechte der deutschen Sprachheit in einer Weise ein, die den Bestimmungen des Minderheitsvertrages vom 10. September 1919 widerläufig ist. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um unseren verwegenen Volksgenossen zu ihrem Rechte zu verhelfen.“

**Wie sie in Rußland für die Beamten sorgen!**

Den Volksschullehrern wird ihr kleiner Gehalt nicht ausgezahlt.

Die russischen Volksschullehrer beziehen sehr kleine Gehälter. Aber selbst diese werden häufig monatelang nicht ausgezahlt. Das zentrale russische Gewerkschaftsorgan „Trud“ vom 2. Febr. berichtet darüber:

„Bisher sind in einer Reihe von Ortschaften die Gehälter der Bildungsarbeiter für das vorige Budgetjahr (d. h. bis zum 1. Oktober 1925. D. Red.) nicht ausgezahlt worden, obwohl das Allrussische Zentral-Exekutiv-Komitee und der Rat der Volkskommissare die örtlichen Finanzabteilungen angewiesen hat, die gesamte Schulsumme bis zum Anfang des neuen Budgetjahres zu liquidieren. So übersteigt im Gouvernement Saratow in einer Reihe von Bezirken die den Bildungsarbeitern geschuldete Summe für das verflossene Jahr die Summe von 90.000 Rubel und die Bildungsarbeiter erhalten seit September kein Gehalt. Außerdem wird ungeachtet der Bestimmung des Rates der Volkskommissare über die Unzulässigkeit der Herabsetzung der Gehälter der Bildungsarbeiter in einer Reihe von Bezirken das Gehalt gegenüber dem Vorjahre herabgesetzt. Ferner laufen Angaben über Nichtauszahlung der Gehälter aus dem Gouvernement Drel, Tambow, Woronesch, Rishnij Nimgorod, Kursk und anderen Provinzen ein.“

Die hier mitgeteilten Tatsachen, die offiziellen Charakter tragen, stehen zu den rosig gefärbten Berichten deutscher Lehrerverdelegationen, die in der Presse veröffentlicht worden sind, im krassen Widerspruch. Sie geben aber sicherlich ein richtiges Bild von der Wirklichkeit, als die genannten Berichte, in denen papierene Projekte und gute Absichten als bare Münze genommen werden. Und wie sehr steht doch dieses Verhalten der Kommunisten dort, wo sie an der Macht sind, im Widerspruch mit ihrer papierernen Staatsangestelltenfreundlichkeit beispielsweise in der Tschechoslowakei, wo sie beispiellos demagogische Anträge im Parlament einbringen und sich als Retter der Beamten aufspielen.



# Tages-Neuigkeiten.

## Das ABC der deutschen Fürken.

Abfindung sei dein erster Schrei,  
 Begehre nicht zu wenig:  
 Cholera der Republik,  
 Diäten für den König.  
 Ehre fordert, daß wir all'  
 Frisch und fröhlich klagen,  
 Geld und Güter ohne Scham  
 Kaufmännisch erjagen.  
 Invaliden unseres Kriegs  
 Jesus mag bezahlen.  
 Kavaliere, wie wir sind,  
 Leiden's ohne Klagen!  
 Milliarden brauchen wir,  
 Nimmersatt im Raffen,  
 Opfern muß das Vaterland,  
 Pensionen schaffen.  
 Deutsche aus dem deutschen Volk  
 Rücksichtslos die Beute;  
 Steuern zahlt es, wenn es muß,  
 Treu dir auch noch heute.  
 Unverdrossen früh und spät  
 (Verdienen schreibe groß!)  
 Wählen wir durch die Justiz  
 Binsen für uns los!

Michel Schmurz.

## „Heil Franz Josef...“

Als Österreichs Geschick noch ewig mit  
 Gabsburgs Krone vereint war und in Wien der  
 Friedensmonarch, gestützt auf die die Liebe und  
 Treue seiner Untertanen, ein selbstherrliches,  
 von Kirche und Hofkammer wohl beratenes Re-  
 gime führen konnte, erscholl bei jeder möglichen  
 und unmöglichen Gelegenheit aus den Reihen  
 einer wohlgezogenen Schuljugend, einer sich am  
 Glanz des Herrscherhauses erfreuenden vorur-  
 teilslosen Menge und aller derer, die laut höhe-  
 rem Befehl dazu abkommandiert oder verpflichtet  
 waren, das Loblied auf „Seine Majestät“,  
 das mit „Gott erhalte“ begann und mit dem  
 Verse „Heil Franz Josef...“ schloß.

Jedes Wort wider den lieben Monarchen  
 wurde als Majestätsbeleidigung geahndet, denn  
 unantastbar thronte er in Gottesfurcht, Güte und  
 Liebe zu seinen Untertanen auf dem gewichtigen  
 Erbsitz seiner Väter.

Seit 1916 sind einige Jahre vergangen. Das  
 Bild Franz Josefs hat im Wandel dieser Zeit viel  
 von seinem einst so gewinnenden Nimbus verlo-  
 ren, in den letzten Tagen ist dieser Nimbus nun  
 endgültig zu allen Teufeln gegangen. Und zwar  
 deshalb, weil die Welt endlich von dem bisher so  
 ängstlich geheim gehaltenen Testament des Völ-  
 kerführers Kenntnis erhielt.

Wenn man dieses Testament liest, begreift  
 man, warum es nicht sofort nach dem Tode, also  
 während des Krieges, veröffentlicht wurde.

Denn Franz Josef hat in einer Zeit, da  
 Tausende seiner Vassallen in Not und Elend  
 verreckten oder den Heldentod auf dem dreifigen  
 Felde der Ehre sterben mußten, als Privatbesitz  
 hinterlassen:

1. Als Familienfideikommiss für den jewei-  
 ligen Träger der Krone 60 Millionen Goldkro-  
 nen nebst zahlreichen Objekten; — den Untertanen nichts.
2. Das sonstige bewegliche und unbewegliche  
 Vermögen zu gleichen Teilen seinen Töchtern  
 Gisela und Valerie und seiner Enkelin Elisabeth;  
 — den Untertanen nichts.
3. An Wertpapieren:

An österreichischer Kriegsanleihe	54,000,000 Kronen
Sonstige Wertpapiere	18,000,000
Ausstehende Darlehen	1,000,000
Wertpapiere des Beamtenpensions- fonds	9,700,000
Weitere Wertpapiere	1,000,000
Wertpapiere des Falkensteinischen Fideikommisses	2,900,000
Subpöster Depot an Wertpapieren	2,100,000
Ungarische Kriegsanleihe	58,000,000
<b>Summe</b>	<b>146,100,000</b>

Die Kriegsanleihe war zum größten Teil  
 belehnt, so daß Franz Josef an dem Zinsüber-  
 schuß jährlich fast 3 Millionen Goldkronen ver-  
 diente; — von diesen Summen erhielten die  
 Untertanen nichts.

4. Eine Reihe von Häusern, ungeheurer  
 Sammlungen von unabschbarem Werte; — da-  
 von bekamen die Untertanen nichts.
5. Dreihundert Leibwagen und sonstige Wa-  
 gen, 434 Pferde, Domänen mit 57,270 Hektar  
 Bodenfläche usw. — den Untertanen  
 nichts.

6. In den Kisten und Truhen seiner Schlö-  
 ßer: 1864 Beintücher, Pöster, Badetücher, Hand-  
 tücher und Flanelldecken, für Sr. Majestät Gäste  
 19,965 Beintücher, Handtücher, Pöster und Decken  
 aus Seiden, 34,160 Tafeltücher und Servietten,  
 9582 Stück Küchenwäsche, 2592 Stück Gar-  
 temwäsche und achtundsechzigtausend Wäschestücke;  
 — die frierenden Mütter und Kinder  
 seiner Untertanen bekamen nichts.

Es würde zu weit führen, all die weiteren  
 Schätze und Besitztümer Franz Josefs gesondert  
 anzuführen. Ein Punkt seines Testaments, und  
 zwar der erste, also der wichtigste, sei noch hie-  
 hergeführt:

Das Heil Meiner Seele liegt in der Hand  
 des Allbarmerzigen. Für dasselbe soll jene  
 Anzahl heiliger Messen gelesen werden,  
 welche dem Gottesdienste entspricht.

Das Bild des Volkstaisers schwankt nicht  
 mehr in der Geschichte, der erste Punkt seines  
 Testaments weist ihm den gebührenden Platz: das  
 Heil seiner gottbegnadeten Seele lag ihm näher

# Ein Schlupfwinkel für Fememörder.

Forsthaus „Eiche“ im Spreewald.



Rechts: das dem Grafen Dymar auf Schloß Lübbenau gehörige Forsthaus, in dem sich der  
 jetzt verhaftete Fememörder Peter Umhofer verborgen hielt; ganz links im Hintergrund: das  
 Restaurant, in dem er seine Mahlzeiten einnahm.

als das Wohl und Wehe seiner Untertanen.  
 Jener gedankt er an erster Stelle bei seiner leht-  
 willigen Verfügung, für diese hat er kein Wort  
 übrig. Das besorgten seine Kreaturen, die über  
 den Tod hinaus dem Volke ein göttliches  
 Menschentum einzureden versuchten. „Seine  
 Völker“ sind lebend geworden — endgültig durch  
 die kalten Buchstaben und trockenen Ziffern des  
 Testaments eines kaltherzigen, alten Geizhalses.

## Dreißig Arbeiterfamilien kehren aus Rusland zurück.

Wie der Mährisch-Strauer „Duch Sasu“  
 meldet, sind diese Tage dreißig Familien, die  
 nach Rusland ausgewandert sind, zurückgekehrt.  
 Im vorigen Jahre wurden diese Familien von  
 dem kommunisten Jakob Hřebáček aus Lutzke bei  
 Göding zur Auswanderung nach Sowjetrußland  
 veranlaßt. Sie gründeten die „Slonawische  
 Kommune“, in die jeder 5000 K als Anteil be-  
 zahlen mußte. Im Donbecken wurde ihnen  
 Grund und Boden zugeteilt. Über diese Zutei-  
 lung war eine große Enttäufung. Der Boden  
 war völlig vernachlässigt, keine Maschine, kein  
 Vieh, keine Wohnungen waren da. Eine Schu-  
 sternwerkstatt, die man errichtete, ging zugrunde,  
 an die Bearbeitung des Bodens war nicht zu  
 denken. Bald gingen die Vorräte aus und es  
 kam die Katastrophe. Als dann der größte Teil  
 der Kolonisten aus der Kommune austrat, ver-  
 suchten sie anderweitig Arbeit zu finden, aber  
 das mißlang. Schließlich wurde ihnen zur Rück-  
 reife verholfen. Nun erzählen die Enttäufchten,  
 die um ihren letzten Spargroschen gekommen sind,  
 von ihren furchtbaren Erlebnissen, freilich etwas  
 anders als die kommunistischen Ruslandbelegier-  
 ten. Das Schicksal der dreißig Familien wird  
 allen jenen Wanderungslustigen eine Warnung  
 sein, die glauben, in Rusland leicht eine Existenz  
 finden zu können.

## Gegen die Erhöhung der Militär- dienstzeit.

Eine Interpellation der  
 Abgeordneten Genossen Deeger,  
 Kaufmann und Genossen an den  
 Herrn Minister für nationale Vertei-  
 digung wegen der angeblich geplanten  
 Erhöhung der Militärdienstzeit besagt  
 unter anderem:

Nach § 17 des Wehrgesetzes vom 19. März 1920,  
 Nr. 193 Sg. d. G. u. V., dauert die aktive Prä-  
 senzdienstzeit vierzehn Monate. Im § 61  
 desselben Gesetzes ist als Übergangsbestim-  
 mung festgesetzt, daß die in den Jahren 1921 und  
 1922 assentierten Personen eine weitere aktive  
 Dienstleistung von zehn Monaten, insgesamt also  
 eine Dienstzeit von vierundzwanzig Mona-  
 ten zu vollstrecken haben, während die in den Jah-  
 ren 1923 bis einschließlich 1925 assentierten Per-  
 sonen zu einer weiteren aktiven Dienstleistung von  
 vier Monaten, also zu achtzehnmönatlicher  
 Dienstleistung verpflichtet sind. Für das Jahr  
 1926 gelten die Übergangsbestimmun-  
 gen nicht mehr, es tritt die normale gesetzliche  
 Dienstzeit von 14 Monaten ein. Diese gesetzlichen  
 Bestimmungen bedeuten also keineswegs, daß vom  
 Jahre 1926 an eine Verkürzung der gesetzlichen  
 Dienstzeit platzgreift, es wird vielmehr nur der  
 Ausnahmestand beendet und der ge-  
 setzliche Zustand hergestellt.

Blättermeldungen zufolge soll nun der ge-  
 weseene Chef des Generalstabs, General Mittelhauser,  
 bei dem zu seinem Abschied vorzustellenden Banleit  
 der Meinung Ausdruck gegeben haben, daß die nach  
 dem Wehrgesetz fällige Einführung der 14monat-  
 lichen Dienstzeit nicht den Interessen der tschecho-  
 slowakischen Wehrmacht entspricht. Der Herr Ge-  
 neral Mittelhauser war in diesem Zeitpunkt nicht  
 mehr der französische Oberkommandant der tschecho-  
 slowakischen Armee, seine Ausrüfung ist  
 lediglich als private anzusehen, und als  
 solche gewiß unangebracht; sie wäre es übr-  
 gens auch, wenn sie eine offizielle Stellungnahme  
 eines doch an das Gesetz gebundenen tschechoslowa-  
 kischen Militärs gewesen wäre. Um so merkwürdiger

ist es, daß gleich darauf in der Presse gemeldet  
 wurde, daß sich die Militärverwaltung die-  
 sen Standpunkt des Generals Mittelhauser zu  
 eigen gemacht hat und eine Gesetzesvorlage ein-  
 zubringen gedenkt, durch welche die Militärdienstzeit  
 eine Reihe weiterer Jahre auf 18 Monate  
 verlängert werden soll. Zur Begründung wird  
 angeführt, daß die Militärverwaltung bisher nicht  
 die notwendigen Vorbereitungen für die Durchfüh-  
 rung des 14monatlichen Dienstes getroffen hat.  
 Natürlich ist diese Begründung absolut hinfäl-  
 lig, da die Militärverwaltung seit dem Jahre 1920  
 wissen mußte, daß die 14monatliche Dienstzeit im  
 Jahre 1926 in Kraft tritt und daher die Unterlas-  
 sung der notwendigen Vorbereitungen eine schwere  
 Pflichtverletzung bedeuten würde.

In der Sache selbst muß aber gegen den ange-  
 geblichen Plan die schärfste Verwahrung einge-  
 legt werden. Alle tschechoslowakischen Regierungen  
 haben jederzeit den unbedingten Friedenswillen der  
 Tschechoslowakei betont. Die Tschechoslowakei hat sich  
 bereit erklärt, an einer internationalen Abrüstungs-  
 konferenz teilzunehmen, sie ist eine Reihe von Bünd-  
 nissen und Schiedsverträgen eingegangen, welche alle  
 nach ihrem Wortlaut und nach den Versicherungen  
 des Herrn Außenministers der Sicherung des Fried-  
 ens dienen sollen. Zu diesen Erklärungen steht die  
 geplante Verlängerung der Dienstzeit in schro-  
 fem Widerspruch, sie ist geeignet, den so oft  
 betonten Friedenswillen der Tschechoslowakei schwer  
 zu diskreditieren. Sie wäre aber auch inner-  
 politisch unerträglich, da die aufs Äußerste  
 angepannte Belastung der Bevölkerung eine aus-  
 giebige Herabsetzung des Aufwandes für militärische  
 Zwecke unbedingte erforderlich macht.

Die interpellierenden Genossen fragen daher den  
 Minister, ob es richtig ist, daß die Militärverwal-  
 tung eine mehrjährige Verlängerung der Dienstzeit  
 auf 18 Monate plant und wenn dies richtig ist, wie  
 der Herr Minister eine solche Absicht, die mit den  
 bestehenden Gesetzen, den Abrüstungs- und Friedens-  
 bestrebungen, sowie mit der Finanzlage der Tschecho-  
 slowakei nicht zu vereinbaren ist, rechtfertigt; ferner,  
 welche Maßnahmen der Minister zu ergreifen ge-  
 denkt, um die im Wehrgesetz vorgesehene Einfüh-  
 rung des Militärsystems entsprechend vorzubereiten.

Ein etwas übertriebenes Bild. Die Russiger  
 kommunistische „Internationale“ ver-  
 öffentlicht das herzlich unbedeutende, armselige  
 Antwortschreiben des inzwischen aus dem Sozialis-  
 tischen Jugendverband ausgeschlossenen Ruß-  
 landbelegierten Martinec an „Hofbauer und  
 Gen.“ und bringt dazu ein großes Bild, auf  
 dem ein kräftiger Mann einen Jüngling, von  
 dem man schon nicht viel mehr als den Hosen-  
 boden sieht, zur Tür hinausfeueret. Im Hinter-  
 grund sehen ein paar Arbeiter dieser Exekution  
 zu. Und unter dieses Bild steht die „Inter-  
 nationale“ folgenden Text: „In der sozial-  
 demokratischen Redaktionsstube  
 nach Einlagen des Briefes von  
 Martinec.“ — Wir finden diese bildliche Dar-  
 stellung etwas übertrieben. Martinec, Sella und  
 Konforten, falls sie einmal unserer Redaktion  
 einen Besuch abstatten sollten, brauchen nicht zu  
 fürchten, daß ihnen eine so harte Behandlung  
 zuteil wird, wie sie in dem Bilde der abnungs-  
 vollen „Internationale“ veranschaulicht ist. Wo-  
 mit aber die Brauchbarkeit einer solchen Behand-  
 lung in gewissen Fällen keineswegs angezweifelt  
 werden soll.

„Arbeiterjubiläum“. Für die Herren Diplom-  
 und Medaillenfabrikanten in Deutschland bricht  
 jetzt anscheinend eine neue Manie an, beson-  
 ders in Bayern und Württemberg. Wirst  
 man einmal einen Blick in die Personalnachrich-  
 ten der industriellen Fachzeitschriften, so muß man  
 über die große Zahl der Arbeiterjubiläumsmeda-  
 llen und Diplomverleihungsfeiern staunen.  
 Das „Jubeln“ der Unternehmer scheint wieder  
 einmal an der Tagesordnung zu sein, und keine  
 Woche vergeht, ohne daß in jeder Branche eine  
 führende Fabrik eine Arbeiterjubiläumfeier arran-  
 giert. Auch diese Art von Feiern „für treues  
 Ausdauern der Arbeiter“ — wie es so schön in  
 den Jubiläumsgedichten heißt — hat sich seit Be-  
 endigung der Inflation „verreichlicht“. Früher  
 feierte man das silberne, das goldene und schließ-

# In jede Arbeiter- und Gemeinde- bücherei

gehört das Buch von Dr. Emil Strauß:

# „Die Entstehung der deutsch- böhmischen Arbeiterbewegung.“

Erhältlich in allen Volksbuchhandlungen.

Ich noch das eiserne Jubiläum, aber vor kurzem  
 hat eine Reußländer Webfabrik schon ih-  
 r fünfzigjähriges Bestehen festlich begangen.  
 Eine Uhrfabrik im Schwarzwald ließ sechs ihrer  
 Arbeiter kopieren, weil sie es dreißig Jahre bei  
 ihr ausgehalten hatten, und die württembergische  
 Musikinstrumentenfabrik Dohner in Trossingen  
 nahm jüngst eine Art General-Jubiläum vor.  
 Sie galt vierzig Arbeitern, denen in den Jahren  
 1922 bis 1925 die König-Karl-Jubiläumsmedaille  
 für eine Dienstzeit von 35 und mehr Jahren  
 „verliehen“ wurde. Selbstverständlich sollen alle  
 diese Jubelfeiern nur den Zweck haben, der Ver-  
 ehrung der „braven Veteranen der Arbeit“ Aus-  
 druck zu geben und beileibe keine Reklame für die  
 Firma zu sein. Auch die Verleihung des schönen  
 neuen Titels „Arbeiterrat“ verfolgt ledig-  
 lich diesen idealen Zweck. Die bayerische Regie-  
 rung wäre übrigens mit ihrer neuesten „Patent-  
 lösung“ der sozialen Frage beinahe in Verlegen-  
 heit gekommen. Sie verlieh nämlich einem Ar-  
 beiter der „Königlichen Hof-Orgel- und Harmoni-  
 um-Fabrik“ Steinmeyer u. Co. in Dettingen  
 den Titel „Arbeiterrat“. Da es der Chef des  
 Hauses auch schon zum Kommerzienrat gebracht  
 hatte, so hätte sich jetzt das Schreckliche ereignen  
 können, daß bei einem Jubiläumsfeste die Frau  
 Chef als „Frau Rat“ die Gattin eines Arbeiters  
 mit dem gleichen Titel hätte anreden müssen.  
 Aber die bayerische Regierung hat diese gefährliche  
 Klippe flug zu umschiffen gewußt, indem sie den  
 folgenden Erlass herausgab: „Durch Beschluß des  
 Ministerrates des Freistaates Bayern wurde dem  
 Seniorchef der Firma Steinmeyer, Herrn Kom-  
 merzienrat Steinmeyer, der Titel eines Geheim-  
 nism Kommerzienrates, dem in der gleichen Firma  
 tätigen Orgelbauer H. der Titel „Arbeiterrat“  
 verliehen. Die Frau des Arbeiters ist jetzt also  
 eine „Frau Rat“ und die Frau des Fabrikherrn  
 „Frau Geheimrat“, und jeder Konfliktstoff ist  
 damit im Keime erstickt. — — —

Ein Laßalle-Denkmal in Wien. Am 31. Ja-  
 nuar waren es 25 Jahre, daß die ersten sozial-  
 demokratischen Abgeordneten Wiens in das öster-  
 reichische Parlament einzogen. Von den damals  
 Gewählten gehörten in der ganzen Periode bis  
 heute der jetzige Bürgermeister Seiz und Dr.  
 Ellenbogen dem Parlament ununterbrochen an.  
 Aus diesem Anlasse veranstalteten die sozialdemo-  
 kratischen Bezirksorganisationen, aus denen sie  
 hervorgingen, große Feiern. Der Bezirk Bri-  
 gittenau beschloß, zur Erinnerung an den  
 ersten vor 25 Jahren erfochtenen Sieg ein Laß-  
 alle-Denkmal aufzustellen.

Ziehung der Klassenlotterie. Bei der gestrigen  
 Ziehung der Klassenlotterie wurden die Grundzahlen  
 54 und 83 ausgelost. 50.000 K gewinnen: 74.354,  
 149.288. 50.000 K gewinnt 129.054. 10.000 K ge-  
 winnen: 82.554, 202.554, 98.954, 49.683, 35.283.  
 5000 K gewinnen: 159.954 207.954 100.054 89.95  
 116.154 147.654 182.454 78.354 171.083 187.783  
 207.083. 2000 K gewinnen: 193.254 221.854 105.954  
 74.054 12.154 64.654 83.554 11.454 146.754 215.954  
 196.254 125.054 218.554 45.354 113.254 102.754  
 209.354 69.854 102.154 154.454 14.683 64.183 194.783.  
 1000 K gewinnen: 189.154 87.454 4454 138.654  
 17.654 71.454 50.554 83.954 113.954 49.554 228.354  
 51.454 129.854 182.454 71.754 34.254 201.854 151.954  
 95.054 188.254 151.054 130.954 208.854 65.854  
 142.254 179.254 187.654 210.654 69.854 174.354  
 29.654 296.754 89.554 120.554 16.554 100.854 47.054  
 185.645 12.054 178.754 7754.

# Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, den 21. d. M.  
 Prag, 11: Kammermusik und Gesang: 15.15:  
 Deutsche Sendung, Frau Eva Freund: Arien und  
 Lieder von Schubert, Beethoven und Purcini; 19.30:  
 Tschech. Harmonie. — Brünn, 10: Svatop.  
 Cech-Feier; 19: Orchesterkonzert. — London, 21:  
 „Eias“. — Paris, 21.45: Radio-Jazz. — Ber-  
 lin, 20: „Drei alte Schöpfung“. — Stuttgart,  
 20: Conster Abend. — Leipzig, 20.15: „Don Car-  
 los“. — Breslau, 20.10: Vertragabend. —  
 München, 20.30: Sonntagskonzert. — Frank-  
 furt, 18.30: „Zamhäuser“. — Wien, 20: „Steg-  
 fried“. — Zürich, 20.15: Operettenabend.

Wellenlängen der Stationen: Prag  
 368, Brünn 521, London 365, Paris 1750, Berlin  
 505 und 576, Stuttgart 443, Leipzig 452, Breslau  
 418, München 485, Frankfurt 470, Wien 530, Zü-  
 rich 515.



Der vergnügte Methusalem. Vor dem Ma-  
 länder Bericht steht ein eleganter alter Herr  
 mit grauem Patriarchenbart. Ein Kaufmann aus  
 Montevideo, namens Noris. Der alte Schärer —  
 er hat nur einige achtzig auf dem Rücken — ist  
 nicht allein des Vergnügens der Bigamie an-  
 gefällig, sondern obendrein des Ehebruchs. Vor  
 einigen Jahrzehnten fand es der Neapeler Kauf-  
 mann Randofo Noris geraten, aus verschiede-  
 nen Gründen das Klima der schönen Parthenope  
 mit jenem von Montevideo zu vertauschen, um  
 dort „ein neues Leben“ anzufangen. Fern von  
 seinen Kläubigern, fern aber auch von seiner  
 Gattin Maria geb. Escalona. Das „neue“ Leben  
 war überaus segensreich, denn im Handumdrehen  
 wurde Signor Noris Millionär. Als guter Nea-  
 politaner hielt er es schließlich in dem südamerika-  
 nischen Exil nicht länger aus, obgleich ihm auch  
 dort eheliche Bande fesselten. Er hatte eine  
 lebenswürdige Uruguayan-Dame, gleichfalls Maria  
 mit Namen, geheiratet, nachdem das Verbot in  
 Montevideo die in Italien bekanntlich unauflös-  
 liche Ehe geschieden. Aber Noris beschloß  
 eines Tages, eine Reise nach der Heimat zu un-  
 ternehmen, in der Meinung, man habe seine frü-  
 heren Erlebnisse dort vergessen. Und er reiste.  
 Aber allein. Maria II blieb am La Plata zu-  
 rück, „in Trauer“, aber voll Verdacht. Nun scheint  
 es, daß man in Italien doch kein so kurzes Ge-  
 dächtnis hat, wie Herr Noris geglaubt hatte, denn  
 als er ahnungslos in einem Mailänder Hotel bei  
 seiner neuesten Liebe, einer niedlichen Französin,  
 lag, ging die Tür auf, und in Gesellschaft eines  
 Advokaten erschienen Maria I und Maria II. Die  
 eifersüchtige Penelope aus Montevideo war ihrem  
 Ehemann nachgereist und hatte sich mit der glück-  
 lich aufgefundenen Maria I zum gemeinsamen  
 Selbstmordplan verbündet. Noris stellte sich dem  
 Gericht, das ein Einsehen hatte und (es gibt noch  
 Richter in Mailand) den Methusalem dem Vorwurf  
 der Bigamie freisprach. Es handelt sich  
 jetzt noch um die von den zwei Frauen gegen ihn  
 erhobene Anklage wegen Ehebruchs die dem-  
 nächst zur Verhandlung kommen soll. Aber Noris  
 beweist auf seinen grauen Patriarchenbart als  
 Beweis seiner Unschuld. Die junge Französin  
 sei nur seine Sekretärin, deren er bei seiner gro-  
 ßen Arriviertheit dringend bedürfe. Auch die  
 biblischen Patriarchen hatten lange Warte — und  
 junge Sekretärinnen.

Spuren altindianischer Kultur. Eine amerika-  
 nische archäologische Expedition hat auf der Halbinsel  
 Yucatan eine Ruinenstätte der Maya's, der  
 Ureinwohner von Mexiko, entdeckt, die aus etwa  
 einem Duzend gut erhaltenen großer Gebäude und  
 6 Tempeln besteht. Drei von diesen rühren aus der  
 letzten Zeit der Maya-Kultur nach der Eroberung  
 von Yucatan durch die Tolteken her. U. a. wurden  
 Wandgemälde und interessante Inschriften und  
 Räuchergefäße entdeckt.

Ein 53facher Mörder. In der Stadt Nowo-  
 Sonez in Galizien ist man einem Massenmörder  
 auf die Spur gekommen, der in bestialischer Weise  
 nicht weniger als 53 Morde verübt hat. Es han-  
 delt sich hauptsächlich um Lustmorde. Zahlreiche  
 Frauen, die er überfallen hat, tötete er ganz lang-  
 sam und sezerte sie dann. Er tötete auch viele Kin-  
 der, die er gleichfalls sezerte. Auch einen Priester,  
 namens Majetoff, hat er ermordet. Der Mörder  
 heißt Kuczul. Er hat fast alle Morde einge-  
 handelt.

Eine Notstandsaktion für geistige Arbeiter will  
 die „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ ein-  
 leiten dadurch, daß sie an den Berliner Magistrat  
 ein Gesuch um einen Zuschuß von 15.000 Mark zur  
 Beschäftigung von 40 erwerbslosen Akademikern  
 richtet. Die Arbeitslosen sollen in Bibliotheken be-  
 schäftigt werden.

Eine „Beschäftigung“ für Arbeitslose weiß ein  
 Tanzlehrer aus Stuttgart, der, wie die Stutt-  
 garter „Sonntagszeitung“ berichtet, in einem Eh-  
 lingen Blau folgendes Inserat losgelassen hat: „Für

Ehlingen und Umgebung beginne ich Mitte Februar  
 einen Tanzkursus für Anfänger. Mäßige Ho-  
 norare für Lehrlinge und Erwerbs-  
 lose.“ Die werden laufen!

Der amerikanische Dampfer „Gasper“ kam in  
 diesen Tagen mit 13 schiffbrüchigen norwegischen  
 Seeleuten an Bord und der Besatzung des norwegi-  
 schen Motorschoners „Vito“ in Kopenhagen an.  
 Das norwegische Schiff hatte schon 6 Tage in  
 schwerem Schneesturm in der Nordsee getrieben. Die  
 Masten waren zerbrochen, der Motor war unbrauch-  
 bar, als der Schoner vom Dampfer „Gasper“ ge-  
 lichtet wurde. Die Mannschaft, die sich auf dem  
 Vorderdeck als dem einzigen Teil des Schiffes, der  
 noch nicht unter Wasser stand, gesammelt hatte,  
 wurde in zehnstündiger Rettungsarbeit an Bord  
 des Amerikaners gebracht. Seit 3 Tagen hatte die  
 Mannschaft des „Vito“ ohne Wasser und Proviant  
 ausgehalten.

Wäse Folgen eines Scherzes. In der Nacht  
 zum 1. Feber wurde in Gängendorf während  
 einer Tanzunterhaltung im Gasthause Kapel die  
 Dienstmagd Katharina Sommerl von mehreren jun-  
 gen Burschen im Ueberraus aus dem Beite gelagt  
 mit der Bemerkung, daß sie noch in der Nacht fort-  
 mühte; sie wurde dann von den Burschen in den  
 Stall, dann auf die Strohe getrieben, in einen  
 Graben geworfen und im Schnee weiter gelagt. Das  
 Mädchen, das nur im Nachgeschwund war, flüchtete  
 in dieser leichten Bekleidung zu ihren Eltern in  
 eine Nachbarschaft. Das Mädchen erkrankte in-

### Ein kirchlicher Bezirksschulinspektor als Rinderhändler.

So lehnen die Vorkämpfer „sittlich-religiöser Erziehung“ aus!

In Prestes bei Gänserndorf hat bekann-  
 lich der Pfarrer Waworka schulpflichtige  
 Kinder geschändet und mußte dann fliehen.  
 Jetzt hat auch seinen weltlichen Freund in Gän-  
 serndorf selbst das Schicksal ereilt:

Der Fachlehrer Josef Schmiedinger,  
 der an der Bürgerschule in Gänserndorf ange-  
 stellt ist, wurde Mittwoch dem Wiener Landes-  
 gericht wegen Schändung eingeliefert. Schmiedinger  
 stand unmittelbar vor der Ernennung  
 zum Bezirksschulinspektor. Der niederöster-  
 reichische Landes Schulrat hatte ihn schon — gegen  
 den heftigsten Protest der Sozialdemokraten —  
 ernannt. Es schickte lediglich noch die Bestätigung  
 durch das Unterrichtsministerium, was aber  
 eigentlich nur noch eine Formsache ist. Schmie-  
 dinger war ein ausgesprochener Günstling  
 der christlich-sozialen Partei und von  
 ihnen eigens aus Borarlberg geholt,  
 damit er, der als

#### „Vorkämpfer der sittlich-religiösen Erziehung“

in Wort und Schrift weithin bekannt, vor allem  
 auf dem flachen Lande in Niederösterreich die  
 Schulreform bekämpfe, und das christ-  
 liche Erziehungsideal zu verwirk-  
 lichen helfe. Schmiedinger eröffnete in Gän-  
 serndorf sofort eine ausgedehnte Agitation für  
 das christliche Erziehungsideal. Er erstreckte sich  
 der stärksten Unterstützung seiner Partei, insbe-  
 sondere des Landeshauptmannes Buresch, aber  
 auch vieler anderer christlich-sozialer Mandatäre  
 und Würdenträger. Die sozialdemokratischen Leh-  
 rer im Bezirk und darüber hinaus verfolgten  
 er, wo er nur konnte. Als Vorsitzender der  
 christlich-sozialen Lehrergewerks-  
 chaft im Viertel unter dem Manhartsberg  
 hegte er in der niederträchtigsten Weise gegen  
 andergerinnete Lehrer und selbstverständlich  
 gegen Angehörige der sozialdemokratischen Partei.  
 In dem „Neuen Wochenblatt“ schrieb er vor  
 einiger Zeit folgendes:

Jetzt sind wieder in unserem Bezirk mehrere  
 Lehrstellen ausgeschrieben. Mitglieder des Be-

folge dieses Voralles an Verfolgungswahn.  
 Der 17jährige Rektorschüler Josef C. in Gängen-  
 dorf, der bei dem Voralle auf der zur Kammer  
 des Mädchens führenden Treppe von mehreren Mäd-  
 chen gesehen worden war, suchte die Mädchen zu  
 überreden, vor Gericht zu bestreiten, daß er damals  
 nicht auf der Treppe gewesen wäre. Diese Hand-  
 lung trug ihm eine Anklage wegen verbotener Ver-  
 leumdung zur Last. Die Anklage, sowie die Verur-  
 teilung zu drei Monaten Kerker und Wahl-  
 rechtsverlust, bedingt mit einer Bewährungs-  
 frist von drei Jahren, ein.

Wetterbericht vom 19. Feber. Donnerstag war  
 das Wetter im Westen der Republik sehr unruhig,  
 veränderlich und mild. Im Mostbatal wurden wie-  
 der 10 Grad erreicht. Der heftige Südwestwind  
 setzte seine Feuchtigkeit besonders in den Gebirgs-  
 gegenden ab. Das Riesengebirge und der Kamm  
 des Böhmerwaldes hatten mehr als 7 Millimeter  
 Niederschläge. Auf den Höhen hat sich die Schneede-  
 cke verstärkt; in der letzten Nacht, in welcher sich  
 der Wind nach Nordwesten drehte und Abkühlung  
 brachte, hat sich die Schneehöhe bis auf 700 Meter  
 gesenkt. Die Schneehöhe misst minus 8 Grad C.  
 und 50 Zentimeter Schneehöhe. Auch im Osten der  
 Republik fielen Niederschläge, und zwar bei ganz be-  
 decktem Himmel. In der Mittel- und Ostslowakei ist  
 die Temperatur über plus 3 Grad. — Wahrschein-  
 liches Wetter vom Samstag: Veränderlich,  
 Neigung zu Schauern, im ganzen mild, Südwestwind.

Lehrer, was Bildung und Wissenschaft anlangt,  
 um geringen Ausnahmen höher da als die so ge-  
 nannten freisinnigen oder sozialdemokratischen  
 Lehrer, die eben Mangel an Bildung durch ihren  
 Freisinn ersetzen wollen. . .

Er war natürlich das Muster des christ-  
 lichen Lehrers, und er hätte noch lange die sit-  
 tlich-religiöse Erziehung weiter verteidigen können,  
 wenn nicht zufällig ein paar Knaben aus Gän-  
 serndorf hätten, wie er sie sittlich-  
 religiös erzog. Am 6. Februar war  
 Zeugnisverteilung in Gänserndorf. Die Kinder  
 sprachen selbstverständlich über die Zeugnisse und  
 manche sahen sich enttäuscht. Sie hatten schlechte  
 Noten, während andre, die nicht mehr konnten,  
 aber bekannt waren als Lehrlinge des Herrn  
 Fachlehrers, gute Noten hatten. Und da machten  
 einige Knaben — es handelt sich schon um grö-  
 ßere Knaben im Alter von elf, zwölf, dreizehn  
 Jahren und darüber — ihrer Entrüstung laut  
 Luft und schrien die Bevorzugten an: „Wir  
 wissen schon, warum ihr Eiser-  
 habt!“ Daran knüpften sie ihre Bemerkungen,  
 daß der Herr Lehrer Schmiedinger

#### Duben in seine Wohnung einlade und dort mit ihnen allerhand treibe

Zufällig ging ein anderer Lehrer vorüber, der den  
 Streit der Knaben und auch die Beschuldigungen  
 gegen Schmiedinger hörte. Er zeigte die Sache  
 dem Schulrat an, und es wurde eine Un-  
 tersuchung eingeleitet, die bestätigte,  
 was die Kinder gesprochen haben. Der weitere  
 Verfechter der sittlich-religiösen Erziehung hat sich

besonders schneegut gewachsenen  
 Knaben in seine Wohnung eingela-  
 den und sie dort geschändet. In un-  
 gefähr 20 Fällen läßt sich das bisher  
 nachweisen. Unter den geschändeten Knaben ist  
 auch ein Sohn eines christlich-sozialen  
 Landtagsabgeordneten. Er soll aber  
 sogar auch Knaben im Schulort ge-  
 schlechtlich mißbraucht haben. Durch  
 Drohungen und Versprechungen von guten No-  
 ten usw. schickerte er die Jungen ein, damit  
 sie ihn nicht verraten.

Schließlich redete sich die Sache doch herum. Man  
 sprach auch schon öffentlich davon, ohne freilich  
 zunächst einen Beweis in der Hand zu haben.  
 Die letzte Zeugnisverteilung hat ihn nun einge-  
 liefert.

Die Christlichsozialen versuchten anfangs die  
 Sache zu vertuschen. Obwohl die Gendar-  
 merie Kenntnis haben mußte, wurde nichts  
 getan gegen den Menschen. Wahrscheinlich kam  
 da ein Wink von irgendwo andersher. Man  
 gab dem Knabenschänder zu verstehen, daß aus  
 Gänserndorf zu verfahren sei. Er besaß einen  
 Paß und er verließ wirklich kurze Zeit darauf Gän-  
 serndorf. Als er weg war und manche vermutlich  
 glauben, daß er schon über die Grenze sei, wurde  
 gegen ihn eingeschritten. Es wurden  
 sogar die Grenzstationen verständigt. Nun war  
 aber der Kerl so unvorsichtig, in Wien zu  
 bleiben. Er rechnete mit seinen verschiedenen  
 Gönnern. Einen von ihnen, den Bezirksschulins-  
 pektor Dr. Schleicher rief er telephonisch an und  
 gab sich am Telefon schon als Bezirks-  
 schulinspektor von Amstetten aus; er  
 beauftragte Herrn Dr. Schleicher nach Wien in ein  
 Restaurant. Offenbar wollte er von ihm Rat und  
 Unterstützung einholen. Herr Dr. Schleicher  
 mußte natürlich, um sich nicht selbst zu kompro-  
 mittieren, die Anzeige erstatten und so wurde der  
 erbärmliche Nicht in Wien verhaftet und  
 dem Landesgericht eingeliefert. —

Man kann begierig sein, wie die „Deutsche  
 Presse“ und die aus ihr schneidenden christlich-  
 sozialen Provinzialblätter diese Affäre behandeln  
 werden!

### Volkswirtschaft.

„Se. Majestät der Kunde.“

Wie war es doch gleich damals? Man war  
 ein Aufdringling, ein unehlbare Mitbürger,  
 wenn man einkaufen wollte; man muß jede  
 Ware, vom notwendigsten Lebensmittel bis zum  
 feinsten Kleidungsstück, geradezu erbeuteln  
 vom Kaufmann; jedes Stück Lebensbedürfnis  
 war rationiert. Stundenlang standen die Haus-  
 frauen vor den Butterläden, um schließlich die  
 irdische Antwort zu erhalten, daß die Ware aus-  
 verkauft sei.

Und später? Von Stunde zu Stunde kletter-  
 ten die Preise, nur für Bruchteile des Tages öf-  
 fneten die Kaufleute ihre Türen, um das Rest-  
 parte des Geschäftes, die Ware, zu behalten. Ein  
 reichliches Warenlager war der Reichtum selbst,  
 die Barquelle, die mit zunehmender Verwirrung  
 Geldverkehrs stets reichlicher floß. „Flucht  
 in die Sachwerte, in die Waren“, war die Parole  
 der Wirtschaft.

Heute vermischt der Kaufmann, der Hän-  
 deler sein reichhaltiges Warenlager, heute schreit  
 die Wirtschaft nach flüssigem Kapital, nach zureichendem  
 Kredit, heute bedeutet Fixierung der Kapital-  
 werte wirtschaftlichen Untergang — und heute  
 wird der gewöhnliche Sierblische, der nur von sei-  
 ner Hände Arbeit lebt, wieder zum Ziele des  
 Wirtschaftens, der Mensch als Konsument, als  
 „Kunde“, wie der kapitalistische Begriff heißt, ist  
 wieder zur Voraussetzung des gesamten wirt-  
 schaftlichen Handelns geworden. Heute ringt die  
 Industrie, ringt der Handel wieder um den le-  
 bensnotwendigen Absatz, heute drückt auf die stagnie-  
 rende Wirtschaft die Fülle der Menschen, die  
 nur als Produzenten ihre Lebensfähigkeit auf-  
 rechtzuerhalten vermögen. Reklame, Organisa-  
 tion des Absatzes sind die Hilfsmittel, deren sich  
 der Kapitalismus bedienen will, die Jagd nach  
 den Kunden erfolgreicher zu machen: die Ge-  
 schäftsleute sind wieder höflich geworden, sie zer-  
 fließen in Liebenswürdigkeit und erkennen, daß  
 das amerikanische Schlagwort von „Se. Majestät,  
 dem Kunden“, mit Hilfe dessen die amerikanische  
 Wirtschaft ihr Umschlagtempo aufrechterhält,  
 auch für die mittel-europäische Wirtschaft von aus-  
 schlaggebender Bedeutung wird.

Wenn dem aber so ist, dann muß unbedingt  
 auch die Frage aufgeworfen werden, wie — selbst  
 innerhalb des Rahmens der kapitalistischen Wirt-  
 schaftsbauart — die Majestät des Kunden die  
 entsprechende Förderung erfahren kann, die not-  
 wendig ist, um ihn zum wahren Antreiber der  
 stagnierenden Wirtschaft zu machen. Niedrige  
 Preise, hohe Löhne, d. h. gesteigerte Kauf-  
 kraft der Bevölkerung, haben sich bisher immer  
 noch als das beste volkswirtschaftliche  
 Mittel erwiesen, die Wirtschaft in gesundem  
 und raschem Gang zu erhalten, den so notwendi-  
 gen Absatz zu fördern, die Betriebe rentabel zu  
 machen. Statt wie bisher über die hohe Bela-  
 stung zu klagen, die doch im Grunde nur eine  
 gestärkte Kaufkraft der Lohnempfänger bedeutet,  
 sollten unsere Unternehmer sich ein Beispiel am  
 außereuropäischen Ausland nehmen und das Rätsel  
 der Behebung der heutigen Wirtschaftsnöte in  
 der Kaufkraftstärkung, in der Bedürfnissteigerung  
 der „Kunden“ erblicken. Eine Rationalisierung  
 und Organisation der gesamten Wirtschaft und  
 des Arbeitsprozesses allein werden unserer Wirt-  
 schaft nicht auf die Beine helfen: Wir brauchen  
 Menschenmassen mit gesteigerten Lebens-  
 bedürfnissen und wirtschaftlicher Bewe-  
 gungsfähigkeit.

### Haus, Hof und Garten.

Für den Kleingärtner.

Frühjahrsarbeiten nimmt man nur auf  
 sonnigen Beeten vor und gießt möglichst wenig, da  
 dem Boden die Wärme mehr fehlt als die Feuchtigkeit.  
 Bei Sommerarbeiten kann man die Beete nicht  
 oft genug überprägen.

Die im Frühjahr vereinzelt auf-  
 tretenden Wespen soll man töten. Es sind  
 beschränkte Wespen, die bald Begründerinnen von  
 Wespenestern werden. Sind die Wespen im Früh-  
 jahr und Sommerfang noch bis zu einem gewis-  
 sen Grad nützlich, so ändert sich dies im Laufe des  
 Jahres und der Schaden, den sie besonders im Obst-  
 garten anrichten, übertrifft bei weitem den geringen  
 Nutzen im Frühjahr. Wer eine Wespe im Frühjahr  
 tötet, vernichtet damit zum späteren allgemeinen  
 Nutzen ein ganzes Nest.

Cox' Orangen-Reinette ist einer jener  
 Kessel, deren Aufbau mit Ueberzeugung empfohlen  
 werden kann. Der Baum wächst gut, ist hochfornig  
 und gedeiht in jedem guten, nährstoffreichen Boden. Die  
 Früchte sind mittelgroß, etwas abgerundet, von hoch-  
 gelber Färbung, mit roten Streifen an der Sonnen-  
 seite. Zwar sollen sie durch ihre einfache Färbung  
 nicht auf, sind aber durch ihren ausgezeichneten Ge-  
 schmack und ihre lange Haltbarkeit allen Paraden-  
 früchten über, weshalb sich die Sorte auch in ver-  
 hältnismäßig kurzer Zeit durchgesetzt hat.

Zu Frühjahrsarbeiten lassen sich gut Draht-  
 forden verwenden, die den Vorzug haben, sehr  
 dauerhaft zu sein. Man legt sie mit Papier aus  
 und füllt dann gute, lockere Erde nach. Bei Pflan-  
 zen, die das Umsetzen wegen Wachstumsstörungen  
 schlecht vertragen, kann man die Körbchen gleich mit  
 einpflanzen. Das Papier vermodert, während die  
 Körbchen unbeschädigt bleiben und jedes Jahr neu  
 verwendet werden können.

Der prachtvolle Staudenmohn, meist  
 orientalisches Mohn genannt, verbreitet sich bei So-  
 mmervermehrung selten oft, weshalb man ihn, wenn  
 eine größere Anzahl Jungpflanzen benötigt werden,  
 so daß eine einfache Teilung des Wurzelstockes nicht  
 ausreicht, durch Wurzelstümpfe vermehren muß.  
 Man schneidet hierbei, nachdem man den Wurzelstock  
 freigelegt hat, einen Teil der Wurzeln ab, verschneidet  
 diese in Stücke von drei bis fünf Zentimeter  
 Länge und steckt sie dann etwas schräg in die Erde.  
 Es ist durchaus nicht nötig, dies in Kästen, Samens-  
 chalen oder Mistbeeten vorzunehmen, sondern es  
 kann auch im Freien geschehen. Bald beginnen die  
 Wurzeln zu treiben, bilden neue Wurzeln und  
 entwickeln sich zu kleinen, hübschen Pflänzchen. Na-  
 türlich müssen die Schnittlinge während der Entwid-  
 lungzeit gleichmäßig feucht gehalten werden. Sind  
 die Pflänzchen genügend groß geworden, so können  
 sie an ihren endgültigen Standort verpflanzt wer-  
 den, wo sie ungehindert so lange stehen sollen, bis sie  
 Alterserscheinungen zeigen.

Bodenbearbeitung. Ist das Land im  
 Herbst ordentlich umgegraben worden und den Winter  
 über in groben Schollen liegen geblieben, so ist  
 es nicht nötig, im Frühjahr nochmals umzugraben.  
 Zwar erscheint das Land im Frühjahr fest durch  
 die Einwirkung von Regen und Schnee, ist aber  
 mürbe und trocken, und es genügt dann vollauf, das  
 Beet durchzuhaben und glatt zu rechen (harfen).  
 Weitere Arbeit ist überflüssig.

Sortenrasen läßt sich nicht überall erzwin-  
 gen. Am wirklich schön zu werden, braucht er viel  
 Sonne, viel Wasser und guten Boden. Wo ihm das  
 nicht geboten wird, bleibt er schlecht, zeigt Lücken und  
 bald Moos. Unter Bäumen verfaßt der Rasen stets,  
 auch wenn jährlich umgegraben und neu gefäht wird.  
 An solchen Stellen helfen nur schattensiebende Ge-  
 wächse, wie Fleu, Immergrün und Ähnliches.

Die Wurzeln der Obstbäume richten  
 sich in ihrer Ausdehnung ganz nach dem Boden,  
 worin der Baum steht. In leichten trockenen Böden

gehen sie viel weiter und tiefer als in feuchten und  
 bindigen; in nassen Böden verbreiten sie sich aber  
 noch weniger. Wehlich verhält es sich mit der Wur-  
 zelverbreitung. In leichten, sandigen Böden bringt  
 der Baum viel mehr Seitenwurzeln hervor, und  
 diese müssen sich ganz anders entwickeln, weil die  
 Nahrung viel schwerer zu erhalten ist als in schwe-  
 reren und nährstoffreicheren.

Die Pastorenbirne ist eine der dankbar-  
 sten Birnenarten. Wenn sie auch nicht zu den aller-  
 besten gehört, so ist sie doch von gutem Geschmack  
 und was nicht minder wertvoll ist, von außerordent-  
 licher Tragbarkeit. Sie eignet sich für alle Formen,  
 auch zur Zwischveredlung bei solchen Sorten, die  
 nicht auf Quitten gedeihen.

Die Goldparäne soll höchstens bei wege-  
 rechten Baumrängen auf Paradiesunterlage veredelt  
 werden. Anfangs ist sie allerdings auch auf  
 Paradies gut fruchtbar, aber später läßt sie um so  
 mehr nach und leidet an Krankheiten aller Art.  
 Sie soll für kleinere Formen nur auf Splittapfel  
 veredelt werden, worauf sie ausgezeichnet gedeiht.

#### Wink für die Behandlung der Haustiere.

Ziegen in dunklen Ställen zu hal-  
 ten ist ganz falsch. Ganz absehen, daß sie bei  
 dem Mangel an Licht und Luft schlecht gedeihen,  
 fehlt es in dunklen Ställen auch an der nötigen  
 Sauberkeit. Licht, Luft, Sauberkeit sind die billi-  
 gen und geeignetsten Gesundheitsmittel und nicht  
 entsprechender Fütterung Voraussetzung zum guten  
 Gedeihen der Tiere.

Die Klauen der Stallziegen müssen  
 von Zeit zu Zeit beschitten werden. Im Stall  
 werden die Klauen nicht so abgenutzt wie auf der  
 Weide oder überhaupt im Freien. Sie müssen des-  
 halb, wenigstens im Frühjahr, mit einer Zange oder  
 einem Klauenmesser verkürzt werden und die rich-  
 tige Form erhalten.



Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Beste für ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Bazar.

SANA in jede Mehlspeise TEEMARGARINE

IHRATEM

wird leicht frei und angenehm, der unliebsame Geruch nach Getränken und Rauchen schwindet sofort, wenn Sie täglich mit verdünntem MENTHOL-FRANZBRANNTWEIN

ALPA

gurgeln, denn es ist das wohlthätigste und billigste Mundpflegemittel der Gegenwart. Achtet darauf, daß die Plombe fest geschlossen u. unversehrt ist, wie es bei den Nachahmungen nicht der Fall ist: dies muß beachtet werden, daß Sie keinen anderen bekommen als den echten mit den Namen

ALPA

Überall erhältlich! — Preis K 5.—

Prager Produktbörse. (Offizieller Bericht vom 19. Feber.) Die Börse war schwach besucht und das Geschäft bewegte sich in minimalen Grenzen...

Kunst und Wissen.

Berlioz' „Requiem“ (mit Molinari) wird am 22. und 25. Feber in der Lucerna und am 26. Feber im Smetanosaal wiederholt.



werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.

Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven in allen Konsumvereinen erhältlich.

Strickgarne

edelster Qualität aus reiner Schafwolle



Man achte auf die Sternmarke und das nebenstehende Garantiefzeichen

Vom Verband deutscher Wirtschafts-genossenschaften.

Der fünfte ordentliche Verbandstag des Verbandes deutscher Wirtschafts-genossenschaften wird am 5., 6. und 7. Juni in Karlsbad stattfinden.

- Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Berichte: a) des Vorstandes, b) des Sekretärs, c) der Kontrolle, d) der Versicherungsabteilung, e) der Presse, f) der Bildungsstelle, g) des Frauenkomitees. 2. Genossenschaftsbewegung und Weltwirtschaft. 3. Eigenproduktion in den Genossenschaften. 4. Steuerreform und Zollfrage. 5. Wahl der Verbandsleitung. 6. Festsetzung der Verbandsbeiträge. 7. Wahl des Ortes des nächsten Verbandstages. 8. Freie Anträge.

- Die Tagungen der Kreisverbandstage werden heuer wie folgt stattfinden: Kreis I, Westböhmen, am 11. April 1926 in Karlsbad; Kreis II, Nordwestböhmen am 25. April 1926; Tagungsort wird noch bekanntgegeben; Kreis III, Nordböhmen, am 9. Mai 1926; Tagungsort wird noch bekanntgegeben; Kreis IV, Ostböhmen, am 16. Mai 1926; Tagungsort wird noch bekanntgegeben; Kreis V, Südböhmen, am 2. Mai 1926; Tagungsort wird noch bekanntgegeben; Kreis VI und VII, Mähren und Schlesien, am 18. April 1926; Tagungsort wird noch bekanntgegeben;

- Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Berichte: a) des Kreisobmannes, b) des Kassiers, c) der Kontrolle. 2. Die Konsumvereine und ihre Gegner. 3. Die Frau in der Genossenschaft. 4. Stellungnahme zum Verbandstag. 5. Wahlen der Kreisleitung. 6. Festsetzung des Kreisverbandsbeitrages und des Ortes des nächsten Kreisverbandstages. 7. Freie Anträge.

Die Bezirkskrankenkassa in Reudel versendet soeben ihren 37. Jahresbericht, aus welchem hervorgeht, daß der Vermögensstand der Kasse mehr als vier Millionen Kronen beträgt. Der Bericht bietet ein Bild der fleißigen Tätigkeit der Kasse. Auch derjenige, der sich in die vielen Zahlen nicht vertiefen will, wird einen guten Eindruck von den Einrichtungen der Kasse empfangen.

Konstituierung der Festsbank erst im März. Wie das Blatt der tschechischen Merikalen „Lidové Visty“ melden, wird die Generalversammlung der tschechoslowakischen Nationalbank erst im Monat März stattfinden. Die Tagesordnung, welche mindestens acht Tage vor Stattfinden der Generalversammlung veröffentlicht werden muß, ist noch nicht festgesetzt.

Herausgeber Dr. Ludwig Ujech Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Riefler. Druck Deutsche Zeitungs- & G. Prag Für den Druck verantwortlich: O. Doll.

wirken mit der Prager „Blahol“, die Böhmisches Philharmonie und Solisten (500 Personen). Restliche Karten bei Wepler, Truhlar.

Der Radio-Theaterabend, der für Dienstag in der Kleinen Bühne angekündigt war, entfällt.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute Sonntag 7 Uhr „Julius Caesar“, Sonntag 11 Uhr vorm. Kammermusik, nachmittags halb 3 Uhr: „Einen Zug will er sich machen“, halb 8 Uhr „Mahl der Spötter“, Montag „Der Gatte des Fräuleins“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Sonntag abds. „Die Rama vom Ballett“, Sonntag 3 Uhr nachmittags „Vertagte Nacht“, abends halb 8 Uhr „Rama vom Ballett“, Montag Bankbeamtenvorstellung „Lady Fanny“ und die Dienstbotenfrage.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Studentengruppe. Sonntag den 21. Feber Ausflug ins Protopital. Treffpunkt halb 3 Uhr bei der Endstation der 15. Linie in Smichov.

Bereinsnachrichten.

VI. Rasenball der Union der Geschäftsfreunden und Vertreter in Prag. „Vom Stellwagen zum Flugzeug.“ Großer Lucerna-Saal, 13 März. Reklamationen: Sekretariat der Union, Proba II, Jungmanova 2A.

Eachen links!

Das neue deutsche Mitgliedserkenntnis. Jede Nummer K 1.10. Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung Genk Zatlser Karlsbad, Steeg Palace

Alle Bücher

liefert rasch und billig die Volksbuchhandlung Kramar & Co. Teplice-Schönau, Theresienstraße 18 - 26

Wine Aberaus wirksame Propaganda ist heute dem modernen Geschäftsmann in der Vinetage in die Hand gegeben. Sie wirkt am meisten in Blättern der organisierten Arbeiter und Arbeit.

Verehrte Hausfrau! Ihr Wirtschaftsgeld reicht nicht



weil die Schuhreparaturen den Haushalt stark belasten. Versuchen Sie es mit BERSON-Gummlabsätzen an Ihren Schuhen und den Schuhen Ihrer Kinder. Die jahrzehntelange Erfahrung hat bewiesen, daß die echten BERSON-Gummlabsätze doppelt so lange halten wie Lederabsätze.

Jede Organisation, Vereinigung, Krankenkassa, Sekretariat etc. die den Dienst vereinfachen will, muß sich die

AEG.-Kleinmodell-Schreibmaschine

anschaffen. 15 einwandfreie Durchschläge.

Austausch der Schriftart und Sprache durch einfache, schnelle // Handbewegung. Trotz billigstem Preis Qualitätsware! //

Verlangen Sie sofort Offert von:

AEG.-Elektromaterial Brünn, Anl. Dvofákgasse 11.

Das Komplet bleibt die Dominante des Frühjahrs.



C 7006 C 7047 C 7006 T 3554 T 3558

C 7006. Mantel aus Velours de laine mit Velourverbrämung. Gerade, enge Form mit einem Knopf an schließlichen Seitlich Schnittpunkt. Semper-Schnittmuster für alle Größen verwendbar. In gebrauchsfertig lagern und sofort erhältlich Preis K 7,50

2044. Mantelkleid aus isolierendem Alpaka. für alle Größen verwendbar. In gebrauchsfertig lagern und sofort erhältlich Preis K 7,50

2045. Mantelkleid aus isolierendem Alpaka. für alle Größen verwendbar. In gebrauchsfertig lagern und sofort erhältlich Preis K 7,50

Vorkaufsstellen d. gebrauchsfertig zugeschnittenen SEMPER-Schnittmuster: Die Zentrale der „GEC“, Prag II, Fügnerova nám. 4 und alle Warenhäuser der „GEC“ in Prag: H. Dofek 6, Hermine Schumann. In Prag: VII. Biskupsko 42, Gustav Ploch.